

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3,90 RM, monatlich 1,30 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern 6 Pf., Sonntagsnummern mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1,50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Vereinsliste.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die siebenstündige Kolonelle 60 Pf. „Kleine Anzeigen“ das sechsstündige Wort 2 Pf. (zweiwöchentlich 2 Pf. 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsbeleg 20 Pf. Familien-Anzeigen 50 Pf. politische u. gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Mittwoch, den 24. Oktober 1917.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Schlacht in Flandern und am Chemin des Dames.

Der französisch-englische Angriff in Flandern. — Beginn der Infanterieschlacht nordöstlich Soissons. — Sturmerfolg östlich der Maas. — Die Beute der Deselaktion: über 20 000 Gefangene, über 100 Geschütze.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. Oktober 1917. (B. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die in Flandern zwischen Draaidank und Poelkapelle sich gestern morgen entwickelnden Kämpfe dauerten bis gegen Abend. Die Ziele der französisch-englischen Angriffe lagen nach aufgefundenen Befehlen 2 bis 2 1/2 Kilometer hinter unserer vorderen Linie.

Der anfangs nur am Südrand des Houthouster Waldes tiefer in unsere Abwehrzone gedrungene Feind wurde durch Gegenangriff zurückgeworfen; von den Gegnern herangeführte Verstärkungen konnten den geringen Raumgewinn von höchstens 300 Meter Tiefe bei 1200 Meter Breite nicht erweitern.

Bei Poelkapelle wurden in hin- und hergehendem Kampf gegen die vormittags und erneut am Abend vordringenden starken Angriffe der Engländer unsere vorderen Trichterlinien behauptet oder zurückgewonnen.

An den übrigen Stellen des Angriffsfeldes scheiterte der feindliche Ansturm völlig.

Tiefgegliederte Angriffe richteten sich auch gegen den Frontabschnitt beiderseits von Gheluvelt. Hier brach unsere Abwehrwirkung die Kraft des englischen Stoßes, der nirgends an unsere Hindernisse gelangte.

Franzosen wie Engländer hatten in unserem gegen das Kampfgelände zusammengeführten Feuer schwere blutige Verluste und ließen Gefangene in unserer Hand. Der gestrige Schlachtag in Flandern brachte uns einen vollen Erfolg.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Artillerieschlacht nordöstlich von Soissons setzte mittags mit voller Wucht wieder ein, nachdem es an dem nebeligen Morgen bei geringerer Feuerfähigkeit nur zu Erkundungsvorstößen der Franzosen gekommen war.

Der Munitionseinsatz aller Kaliber erreichte am Abend im Kampfgebiet zwischen dem Ailette-Grunde und Bray eine gewaltige Höhe. Bei Eintritt der Dunkelheit ließ das feindliche Feuer nach, um dann von Mitternacht an sich zu anhaltender Trommelwirkung zu steigern.

Bei Hellwerden hat mit starken französischen Angriffen die Infanterieschlacht begonnen.

Auf dem Ostufer der Maas führten österreichische Kompagnien und Teile eines Sturmabteilung nach trefflicher Feuerbereidung die Höhe 326 südwestlich von Beaumont. Mehr als 100 Gefangene wurden eingebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gesamtbeute der Operation gegen die Inseln im Nigaischen Meerbusen beträgt:

20 130 Gefangene, über 100 Geschütze, davon 47 schwere Schiffgeschütze, einige Revolverkanonen, 150 Maschinengewehre und Minenwerfer, über 1200 Fahrzeuge, gegen 2000 Pferde, 30 Kraftwagen, 10 Flugzeuge, 3 Staatsklassen mit 365 000 Kubeln, große Vorräte an Verpflegungsmitteln und Kriegsgüter.

Zwischen Dniep und Schwarzem Meer kam es nirgends zu größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Bei Regenwetter ließ vormittags durchweg die Geschäftigkeit nach; abends nahm sie bei Monastir, im Cerna-Bogen und vom Westufer des Vardar bis zum Dojran-See wieder an Festigkeit zu.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 23. Oktober 1917, abends. Amtlich.

Am Houthouster Walde wurde der Feind fast völlig aus dem gestern gewonnenen Gelände zurückgeworfen.

Nordöstlich von Soissons wird noch erbittert an den Nordhängen des Chemin-des-Dames beiderseits der Straße nach Laon gekämpft. Die Franzosen drängen dort bis Chavignon vor. Südlich von Filain scheiterten starke Angriffe.

Im Osten nichts von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 23. Oktober 1917. (B. T. V.) Amtlich wird verlautbart:

An den Hängen des Monte San Gabriele scheiterten zwei schwächere feindliche Angriffe im Handgranatenkampf. Von den übrigen Kriegsschauplätzen sind keine größeren Kampfhandlungen zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

Die Krise.

Helfferich als Kanzler-Stellvertreter bestätigt!

Es ist in diesem Augenblick weder bekannt, wer das Erbe des Dr. Michaelis antreten, noch mit welcher Mehrheit der Nachfolger regieren wird. Von einer gewissen Seite, deren Sprachrohr die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ ist, werden kampflose Versuche gemacht, eine neue Mehrheit unter Ausschluß der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Zentrum und Volkspartei sollen sich zu diesem Zweck mit Konservativen und Nationalliberalen vereinigen.

Rein parteitaktisch betrachtet, würde das Gelingen dieser Versuche für die Sozialdemokratie die Befreiung aus der schwierigsten Situation bedeuten, in der sie sich jemals befunden hat. Es ist doch eine Klenderei anzunehmen, die Partei erstrebe aus Parteiinteresse die Einführung des parlamentarischen Systems und ihre Teilnahme an der Verantwortlichkeit. Käme heute ein bürgerlicher Block zustande, der die Verantwortung übernehme und der Sozialdemokratie die angenehme Rolle der Kritikerin überläßt, so wäre damit ein überwältigender Sieg der Sozialdemokratie bei den ersten Friedenswahlen gesichert.

Und doch wäre es Kurzsichtigkeit, zu wünschen, daß Michaelis im Amt bleibe oder durch einen Mann nach dem Herzen der Rechten ersetzt würde oder daß die Mehrheit zerfiel und eine andere an ihre Stelle träte. Im Interesse des Landes und im Interesse des Friedens ist der Fortschritt zum parlamentarischen System und die Ernennung eines Kanzlers, der sich auf die Mehrheit des 19. Juli stützt, notwendig.

Die Sozialdemokratie ist darum bereit, alles zu tun, um die gegenwärtige Krise zu der Lösung zu bringen, die das Volksinteresse fordert. Bleibt diese Lösung aus, so wird das nicht ihre Schuld und, aus rein parteipolitischen Gesichtspunkt, auch nicht ihr Schaden sein. Sie wird dann mit dem guten Gewissen, ihre Pflicht getan zu haben, ihre alte Kampfstellung wieder beziehen und in der Opposition, wie das ihren Ueberlieferungen entspricht, die Volksinter-

essen weiter vertreten. In diesem Sinne erwartet sie ruhig, was aus der Lösung dieser Lage werden wird. Sie ist auf alle Fälle gefaßt, für alle Fälle bereit.

Die Liste der Kanzlerkandidaten verlängert sich täglich. Man nennt jetzt wieder den Grafen Hertling, den Staatssekretär Dr. Solf, auch den Fürsten Sayfeld und den Prinzen Ray von Vaden. Daß Herr Michaelis sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, ist aber bisher nicht gemeldet worden. . . .

Im Gegenteil deutet eine amtliche Nachricht darauf hin, daß vorläufig nur das vom Reichstag beschlossene Programm der Teilung der Reichsämter ohne weitere Personalveränderungen durchgeführt werden soll. Danach hat der Kaiser in einem an den Reichskanzler gerichteten Erlaß bestimmt, daß die sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben des Reiches, die bisher zum Geschäftskreis des Reichsamts des Innern gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen „Reichswirtschaftsamt“ bearbeitet werden. Der Erlaß beauftragt den Reichskanzler, die aus diesem Anlaß erforderliche Verteilung der Geschäfte und Beamten innerhalb der Reichsverwaltung vorzunehmen.

Der Kaiser hat ferner Herrn Helfferich unter Verlassung in seinem Amte als Stellvertreter des Reichskanzlers von der Stellung als Staatssekretär des Innern entbunden, den Unterstaatssekretär Ballraf zum Staatssekretär des Innern, den Unterstaatssekretär Schwander zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, den Direktor im Reichschatzamt Schiffer zum Unterstaatssekretär und den Geheimen Oberregierungsrat Goldkühle aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten zum Direktor im Reichschatzamt ernannt.

Man muß daraus nicht, kann aber daraus schließen, daß die Krise bis zum Wiederauftritt des Reichstags Anfang Dezember in Schwere bleiben soll. Für diesen Fall darf man auf das weitere Verhalten der fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums gespannt sein.

Die sozialpolitische Bedeutung des Würzburger Parteitags.

Das sozialpolitische Programm, das der Würzburger Parteitag zu verhandeln hatte, hat den Groll der „Arbeitgeberzeitung“ herausgefordert. Es geht ihr viel zu weit, was uns keineswegs überrascht, da das Blatt berufsmäßig immer zu denen gehörte, die für sozialpolitische Forderungen der Arbeiter kein Verständnis hatten. Die „Arbeitgeberzeitung“ meint:

An Bescheidenheit und Zurückhaltung hat die Sozialdemokratie niemals gelitten, aber diese Ansprüche dürften doch vielleicht ihren eigentlichen Zweck, nämlich agitatorisch zu wirken, deshalb verfehlen, weil schließlich selbst der beschränkteste und kurzschichtigste Arbeiter die Undurchführbarkeit solcher Wünsche einsehen muß. Hier haben unzweifelhaft die Herren Demagogen den Bogen zu straff gespannt. So niedrig darf man die Arbeiterschaft doch nicht einschätzen, daß sie sich angesichts solcher Forderungen nicht fragen sollte, woher denn eigentlich in den schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die uns nach dem Kriege erwarten, die Mittel zur Durchführung eines solch ungeheuer kostspieligen und die besten Erwerbskräfte schmälernden Programms kommen sollten. Auf Markt und Gassen wird heute davon gesprochen, daß wir nach dem Friedensschluß doppelt und dreifach arbeiten müssen, um die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat, um Deutschland's Stellung auf dem Weltmarkt von neuem zu begründen, um nachzuholen, was wir in längen Jahren der Abgesandtheit veräußert haben. Und in solchem Augenblick verlangt die Sozialdemokratie schließlich den Achtstundentag und auch im übrigen eine weitgehende Beschränkung der Arbeitszeit, sie fordert eine neue Belastung der Volkswirtschaft, deren produktive Kraft sie gleichzeitig durch allerhand Einschränkungen und Behinderungen herabzuschrauben sucht.

Fast erweckt es den Anschein, als sei es in der Hauptfrage unsere alte Forderung des Achtstundentags, die die „Arbeitgeberzeitung“ so aufregt. Wir wollen deshalb diesen Punkt vorwegnehmen und ihr mit einem Zitat antworten. Dr. Ernst Bischoff schreibt in einem Aufsatz über „Betrachtungen und Untersuchungen über das Problem der günstigsten Arbeitspausen, daß es möglich war, an kürzeren Arbeitszeiten zu besseren Resultaten zu gelangen als in längeren Arbeitszeiten“. Wo steht dieses Zitat? Es steht in derselben Nummer der „Arbeitgeberzeitung“, in der diese die deutsche Volkswirtschaft durch die Einführung des Achtstundentages gefährdet sieht. Die Redaktion scheint sich also in ihrem eigenen Blatt nicht auszukennen, was Wunder, daß ihr gar die Sozialpolitik ein böhmisches Dorf bleiben wird.

Ganz gewiß, Deutschlands Industrie wird es nach dem Kriege nicht leicht haben, ihre alte Stellung auf dem Weltmarkt wiederzugewinnen, die sie im wesentlichen dem Fleiß und der Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter zu verdanken hatte. Der am längsten nachwirkende Schaden, den unsere Volkswirtschaft durch den Krieg erlitten hat, besteht deshalb gerade in der Vergendung der Menschenleben und damit der Arbeitskräfte, zumal nicht allein die Zahl der Toten zu berücksichtigen ist, sondern auch die der Siechen und Kranken und der Ausfall bei der Volksvermehrung durch den Geburtenrückgang. Vor dieser Tatsache dürfen die Augen nicht verschlossen werden, und nur der handelt im Interesse unseres Wirtschaftslebens, der nach Mitteln und Wegen sucht, das durch den Krieg geschaffene Mißverhältnis auszugleichen.

Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß, wie die „Arbeitgeberzeitung“ es meint, die Arbeitszeit beliebig verlängert wird, sondern nur dadurch, daß jeder Raubbau an der Arbeitskraft mit allen Mitteln verhindert wird. Diesen Raubbau haben vor dem Kriege die Arbeitgeber nur allzu ungehindert treiben können. Sie konnten, zum Schaden der Arbeiter, sich dies leisten. Finden sie doch sehr rasch für den ausgemergelten, nicht mehr leistungsfähigen Arbeiter Ersatz in den großen Reserven junger kräftiger Männer, die ihnen von selbst zumwachsen.

Diese Zeit ist für lange vorbei. Die Blüte der Nation liegt in den Massengräbern und in den Lazaretten. Sie löst sich nicht zum Leben erwecken und dem übriggebliebenen Teil kann nur in verhältnismäßig wenigen Fällen die frühere Leistungsfähigkeit und die alte Kraft zurückgegeben werden. Soll das Deutschlands Wirtschaft nicht bis ins Mark treffen, dann muß mit dem bisherigen System der Vergendung der menschlichen Arbeitskraft grundlich gebrochen werden. Drum geht das Wiffelische Referat von dem Vortag aus: „Das Ziel unserer Maßnahmen wird sein müssen: Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens, Verrückung und Fernhaltung alles dessen, was die Entfaltung und größtmögliche Entwicklung neuen Lebens hindert, Schutz der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten

Trägerin allen Kulturfortschritts, Förderung alles dessen, was der Hebung des Kulturstandes dient und damit Schutz jedes einzelnen vor dem Herabfallen in eine tiefere Schicht."

Das ist in der Tat in der Situation, in die der Krieg uns gebracht hat, das einzig richtige und auch das einzig mögliche, wenn Deutschland nicht ausgeschaltet werden soll in dem großen friedlichen Völkerringen, das nach dem Kriege in der Weltwirtschaft beginnen wird. Aus tausend und aber tausend Stunden blutend beginnen wir diesen Kampf, in dem es leben oder untergehen heißt. Wollen wir leben, und das wollen wir, dann muß sorgfältig jede Arbeitskraft geschont und behütet werden. Deshalb muß die deutsche Sozialpolitik neue Wege gehen und ihr diese Wege gezeigt zu haben, das ist das große Verdienst des Witzbürger Parteitag.

Bisher hat der Unternehmerprofi über die Volkswohlfahrt gestanden. Das Volk hat aber nicht dieses Grundjahres wegen die ungeheuren Gut- und Blutopfer dieses Krieges auf sich genommen, der der Industrie Milliarden Gewinne und damit eine gewaltige Stärkung ihrer Machtstellung gebracht hat. Würde die Gesetzgebung in der bisherigen Weise ihre schützende Hand über die Unternehmerinteressen halten, dann wehe dem deutschen Volk, wehe aber selbst der deutschen Industrie, die einseitig die Basis, auf der sie beruht, die deutsche Volkskraft, zugrunde richten würde. Schutz, weitgehendster Schutz den Schwachen, das muß jetzt die Lösung sein. Darum Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege erst recht!

Herr v. Kühlmann zum Friedensprogramm des Sowjet.

Die "Korrb. Allgem. Zeitung" nennt das Programm des Sowjet (abgedruckt im "Vorwärts" vom 22. d. M.) einen weiteren Schritt in der Friedensfrage. Da der Sowjet in der Regierung nicht vertreten sei, sei es allerdings zweifelhaft, ob sein Schritt unmittelbare Folgen haben würde. Immerhin sei es als Gewinn zu buchen, wenn ein so einflussreiches Organ einen praktischen Schritt im Sinne der Annäherung an den Frieden tue. Dann heißt es wörtlich weiter:

Das Programm, das der Ausschuss aufstellt, ist, wie sich aus den Hauptforderungen erkennen läßt, ein rein russisches. Eine Reihe von Einzelpunkten sind mit unseren Interessen und mit denen unserer Bundesgenossen schlechthin unvereinbar. Der Geist aber, von dem es befeelt ist, ist nicht jener, den die neuesten Reden der Herren Wsquit und Lloyd George atmen; er hat etwas von dem Geiste des Ausgleichs und der Verständigung, von dem die Beratungen des deutschen Reichstags über die päpstliche Friedensnote und die programmatische Erklärung des Grafen Czernin in Budapest befeelt waren.

In diesem Sinne kann der Schritt des Arbeiter- und Soldatenrates einen Fortschritt des Friedensgedankens bedeuten. Er ist zweifellos der Ausdruck der Wünsche der Majorität des russischen Volkes, die, wie Baron Rosen sagt, einen Frieden erstrebt, nach Frieden lechzt, der aber eine einflussreiche Minorität gegenübersteht, die sich an den Krieg um jeden Preis klammert, eine Parole, deren Erfüllung nach der Meinung des früheren Botschafters, falls sie überhaupt möglich wäre, nur zur vollständigen Vernichtung Rußlands führen könnte. Eine Entwicklung der, in Klammern bemerkt, der treue Verbündete England mit Zustimmung entgegensehen würde. Vielleicht ist die Hoffnung berechtigt, daß die Bemühungen des Arbeiter- und Soldatenrates diesmal sowohl der amtlichen russischen Diplomatie als den Alliierten gegenüber besseren Erfolg haben, als frühere Bemühungen in friedlichen Sinne. In diesem Falle wird das russische Volk Europa und der Welt einen wirklich dienlichen Dienst geleistet haben.

Mit den Punkten, die mit den Interessen Deutschlands und seiner Bundesgenossen unvereinbar sind, ist wahrscheinlich die geforderte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen und im italienischen Sprachgebiet Oesterreichs gemeint. Man hätte das klar aussprechen dürfen, damit nicht der Eindruck entsteht, als befänden zwischen Rußland und Deutschland-Oesterreich irgendwelche Streitigkeiten um Landbesitz. Daß solche Streitigkeiten nicht bestehen, sollte mit aller Klarheit ausgesprochen werden.

Die Kabinettskrise in Frankreich.

Ein neues Ministerium Painlevé ohne Ribot. Die Besprechung über den letzten Augenblicksversuch Painlevés schloß sich mit der Bemerkung, daß damit der Kampf zwischen vernünftigen Franzosen und französischen Alldeutschen nicht zum Stillstand gekommen ist. Aber noch schneller als man erwarten konnte, ist die Krise ausgebrochen. Painlevé hat demissioniert.

Nach einer Sitzung des Kabinetts am Montag Abend begab sich Ministerpräsident Painlevé zum Präsidenten Poincaré, um ihm das Entlassungsgesuch des gesamten Ministeriums zu unterbreiten. Poincaré erwiderte, daß die Kammer am Freitag Abend dem Ministerium ihr Vertrauen ausgesprochen und seitdem keine andere Meinung geäußert habe. Er glaube deshalb, das Entlassungsgesuch nicht annehmen zu können, und bitte Painlevé es zurückzuziehen. Infolge dieser Ablehnung haben die Minister ihr Entlassungsgesuch Painlevé zur Verfügung gestellt, der die Lage prägt.

Mit anderen Worten, Painlevé geht an die Rekonstruktion seines Kabinetts. Von vornherein stand zu vermuten, daß Painlevé nur demissioniert hat, um sich seine Mitarbeiter neu zu wählen und besonders den Hebrigen Ribot loszuwerden. Daß diese Deutung zutrifft, hat sich schnellstens ergeben. Soeben konnte bereits melden: Die Minister bleiben im Amt bis auf den Minister des Auswärtigen Ribot, den Barthou ersetzt.

Daß diese Lösung die Krise nicht endgültig beseitigen kann, ist klar. Es gibt Publizisten, die Herrn Painlevé für eine Art Michaelis erklären und ihm die Fähigkeit zu seinem Amt absprechen. So schreibt Henri Fabre im "Journal du Peuple": "Herr Painlevé muß gehen! Nicht darum, weil seine Persönlichkeit unsympathisch ist, sondern weil er nicht aus dem Holze geschnitten ist, aus dem man Ministerpräsidenten macht. In dieser Zeit der Erregung gehören die Männer der Studierstube nicht an die leitende Stelle. Wir brauchen Politiker, die allen parlamentarischen und diplomatischen Kniffen gewachsen sind. Sagen wir es gerade heraus: wir brauchen Männer, für die die auswärtigen Angelegenheiten — keine auswärtigen Angelegenheiten sind. Literatur und Verehrtheit — ich spreche jetzt von Herrn Ribot — sind vorzeitliche Dinge; aber Frankreich muß von Männern geführt und regiert werden, die seine Möglichkeiten, seine Hilfsquellen und die Gefahren, die ihm drohen, kennen." Painlevé wird sich also auf weitere Stürme einrichten müssen.

Krieg bis 1919.

Eine Rede Lloyd Georges.

Am Montag hielt Lloyd George in der Londoner Albert Hall eine Rede, in der er abermals versicherte, daß zurzeit keine Möglichkeit bestünde, einen wirklich dauernden Frieden abzuschließen. Da aber diesmal mit dem Krieg ein für allemal ein Ende gemacht werden müsse, — müsse er fortgesetzt werden, um einen richtigen Ausgang dieses Streits jetzt zu erzielen. Würde jetzt Frieden geschlossen werden, so wäre das für Deutschland oder irgendein freibewerbtliches Reich der Zukunft eine Ermütigung, das gleiche Experiment zu wiederholen.

Der Misserfolg Napoleons hat Frankreich eine Lehre verschafft, die es niemals vergaß, und eine gleiche Lehre muß in Herz und Gedächtnis jedes Deutschen eingedrungen werden, bevor dieser Krieg zu Ende ist. Der wahre Feind ist der Kriegsgott, der in Preußen gefördert wird. Es ist das Ideal einer Welt, in der Kraft und Brutalität unumschränkt regieren, und das Gegenteil des Ideals einer Welt, die von freien Demokratien bevölkert und zu einer ehrenhaften Friedensliga vereint ist. Dieses Ideal des Kriegesgeistes wird in Potsdam seit fünfzig Jahren gehegt und gepflegt. Dort ist man unaufhörlich daran gewesen, Pläne zu schmieden und zu entwerfen, wie man dieses Land mit Krieg überziehen und jenseit niederretzen könnte.

Lloyd George führte weiter aus, daß trotz U-Bootskrieg die Zeit auf Englands Seite sei:

Im Jahre 1917 sagten die Deutschen: Amerika zählt nicht. Es hat keine Armee. Im Jahre 1918 werden sie sagen: Amerika wird keine große Armee haben. Ein Jahr 1919 wird es niemals geben. Das ist die Art, wie man in Potsdam rechnet. Warum haben die Deutschen das gesagt? Potsdam sagte: Welt schon vor dem Jahre 1918 die Tonnage der Welt auf dem Boden des Meeres ruhen wird. Das war ihre Art zu rechnen. Sie war falsch.

Ueber die Wirkungen des U-Bootskrieges sagte Lloyd George weiter:

Die monatlichen Verluste an Tonnage, die guten und schlechten Wochen zusammengeordnet, betragen nicht viel mehr als ein Drittel von dem, was sie im April ausmachten. Die Verluste der deutschen Unterseeboote sind in diesem Jahre, in nicht ganz zehn Monaten, mehr als zweimal so hoch, als sie während des ganzen letzten Jahres waren. In der Tat, die Zeit ist auf unserer Seite. Unter Schiffbau ist in der Zunahme begriffen. Wir haben Pläne ausgearbeitet und Vorkehrungen getroffen, nach denen wir in den nächsten Jahren viermal soviel fertig stellen können als letztes Jahr. Amerika tut daselbe.

In Deutschland, so führt er weiter aus, beginnt man jetzt die Bedeutung der Kriegserklärungen aus den eisernen Ländern, über die man erst gelacht habe, zu begreifen. Diese Länder seien die Lieferanten der wichtigsten Rohmaterialien und könnten, selbst wenn die deutsche Militärmaschine die Herrschaft erringen sollte, Deutschland zu einjamer Machtlosigkeit herabdrücken.

Englands Antwort auf die Papstnote.

London, 21. Oktober. (Reuter.) Im Unterhaus fragte King, ob die Alliierten eine gemeinschaftliche Antwort auf die Friedensvorschlüge des Papstes abgeben würden, oder ob die amerikanische Antwort als der Ausdruck des Beschlusses der Alliierten anzusehen sei. Balfour erwiderte: Es scheint gegenwärtig kein Grund vorzuliegen, irgend etwas zu der von der britischen Regierung bereits abgegebenen Erklärung hinzuzufügen.

Eine ähnliche Anfrage erfolgte bereits vor einigen Tagen im Unterhaus. Daß die englische Erklärung an den Papst abgehandelt worden ist, wurde neulich von Lord Cecil noch nicht mitgeteilt. Eine gemeinschaftliche Antwort der Alliierten ist also nicht beliebt worden.

Die Lage in Rußland.

Frontverbrüderung und Winterdesertionen — Die Sowjetinstruktion für die Pariser Konferenz.

Sischolm, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht des "Vorwärts".) Am 17. Oktober fanden zwei Sitzungen des russischen Kabinetts statt. Die Verhandlungen der ersten Sitzung sind völlig geheim geblieben; über die nachfolgende Nachsitzung verläutet: Kerenski erklärte, viel Arbeit sei notwendig, um die Disziplin im Heere herzustellen, weil erneuerte Verbrüderungsversuche an der Front nicht wirkungslos blieben; auch kamen wegen des nahenden Winters viele Desertionen vor. "Nirshewija Wjedomosti" sagt, daß die allgemeinen Konfusionen des Kabinetts keinen Optimismus rechtfertigen. Die Minister einigten sich, eine offizielle Erklärung herauszugeben angesichts der Gerüchte, die unter den Truppen über den Frieden und eine eventuelle Kriegsbeendigung herumgehen. Letztere Wendung sowie der Hinweis auf die Winterdesertionen bedeutet, daß die unter den Soldaten verbreitete Parole, am 1. Oktober (alten Stils) einfach heimzugehen, starke Befolgung fand.

Bei Beratung der Pariser Konferenz sollte die Regierung sich, daß sie, erwägend, daß dort außer Militärfragen auch Friedensbedingungen verhandelt werden, nicht unterließ, bei Festhaltung ihrer Vertreter sich zuvor mit der Demokratie in Verbindung zu setzen. Während Angriffe in der bürgerlichen und der kriegspatriotischen Sozialistenpresse richteten sich gegen die Instruktion der Sowjets. Eine neue Krise wegen der Außenpolitik scheint möglich. Die Situation ist sehr verzerrt, da die gesamte russische Delegation nach Paris Regierungsmandat hat, aber ein Eintreten Terestschenkos für das Sowjetprogramm ist nicht leicht denkbar.

Ministeranklage in Griechenland.

Venizelos ist der Mehrheit der griechischen Kammer für jeden Gewaltstreich sicher. Vergebens haben die Anhänger der Politik des früheren griechischen Königs den Anschlag, der sie jetzt in den Personen ihrer Führer treffen soll, abzuwehren versucht. Reuter meldet aus Athen vom 20.: Nach einer vierzehntägigen Rede Kharaldis beschloß die griechische Kammer die Verfolgung der Mitglieder des Kabinetts Skuludis mit Einschluß von Sunaris. Kharaldis erklärte, keine der in der Anklage erwähnten Handlungen trage den Charakter des Hochverrats. Den Mitgliedern des Kabinetts Lambros warf der Bericht vor, daß sie die Nacht an sich gerissen, ohne Auftrag des Volkes, ferner an der Verhängung des Königs und Dusmanis gegen das demokratische Regime teilgenommen, Ansuchen herangezogen und den Bürgerkrieg heraufbeschworen hätten. Schließlich sind sie angeklagt, daß sie eine französische Patrouille ermorden ließen. Der Bericht schließt mit der Verweisung der Schuldigen vor den Obersten Gerichtshof. Die Abstimmung der Kammer erfolgte für jeden Angeklagten besonders. Die Anklage wird erhoben werden gegen Kharaldis, Skuludis, Dragumis, Sunaris, General Penafite, Michalidakis und Sakafos.

Daß die Angeklagten verurteilt werden, ist bei der Zusammenkunft des Obersten Gerichtshofs durchaus gewiß. Das Verfahren verläuft.

ist eine Justizkomödie, und der Zweck ist die Vernichtung der antisemajitischen Parteien. Man braucht nur deren Säupter auszumergen, um die Parteien zum Zerfallen reif zu machen; denn nicht nach politischem Programm, sondern nach dem Einfluß einzelner tüchtiger Personen bildeten sich in Griechenland bisher die Parteien.

Ein Erfolg der Regierung Seidler.

Das Budgetprovisorium angenommen.

Wien, 23. Oktober. Nach einer Rede des Finanzministers, der die Bundesstreue für Deutschland feierte, nahm das Abgeordnetenhaus das durch polnischen Antrag auf vier Monate beschränkte, ursprünglich sechsmonatige Budgetprovisorium an. Dafür stimmten die deutschen Parteien, die Christlich-Sozialen, die Polen, die polnischen Sozialdemokraten, die Italiener des Südens, die Ruthenen und die Rumänen.

Ueber die Aufnahme eines Neun-Williarden-Kriegskredits wurde namentlich abgestimmt und der Kredit mit 227 gegen 179 Stimmen angenommen.

Der neue Ansturm in Flandern.

Berlin, 23. Oktober. Der 22. Oktober gehört zu den Großkampftagen der flandrischen Schlacht und darf durch den glänzenden Sieg, den die deutschen Truppen in zähem Ringen mit dem überlegenen Gegner errungen haben, zu den Ehrentagen der deutschen Flandernkämpfer gezählt werden.

Nach neuntägiger Pause haben die Engländer wiederum rund 100 000 Mann durch den mit englischem Blut getränkten flandrischen Sumpf gegen unsere Front in den ausgedehnten Kampf getrieben. Auch Franzosen mußten sich an diesem neuen völlig mißglückten Großangriff beteiligen.

Nach dem planmäßigen Beschützungseuer der letzten Tage (schon in der Nacht zum 22. Oktober das feindliche Feuer unter größtem Munitionseinsatz zum Trommelfeuer an und ging in den frühen Morgenstunden zum wilden Feuer über. Kurz darauf brachen englische und französische Sturmtruppen mit starken Reserven zwischen Draabank und Boelkappelle, nördlich Passchendaele und beiderseits Ghelubelt zum Angriff vor. Ihr Ziel lag nach aufgefundenen Befehlen 2 bis 2 1/2 Kilometer hinter unserer vorderen Linie. Neun Divisionen waren hierzu angeführt. In die feindlichen Massen schlug verheerend das Speer- und Abwehrfeuer unserer Artillerie und Maschinengewehre und machte die Anstürmenden reihenweise nieder, während die tiefgestellten feindlichen Reserven von dem flankierenden Feuer der Batterien unserer nicht angegriffenen benachbarten Fronten vernichtet gefaßt wurden.

Den ersten Ansturm am Südrande des Southouster Waldes tief in unsere Abwehrzone eingebrungenen Gegner traf alsbald mit ungehörter Wucht der deutsche Gegenstoß, der den Feind unter schwersten Verlusten zurückwarf. 5 Offiziere und 100 Mann fielen lebend als Gefangene in unsere Hand. Starke Reserven, die der Feind rücksichtslos hier in den Kampf warf, zerschmolzen in unserem Feuer und vermachten die Einbruchsstelle, die auf 1200 Meter Breite an der tiefsten Stelle 300 Meter beträgt, nicht zu erweitern. Bei Boelkappelle versuchte der Gegner in mehrfachen erbitterten Angriffen Gelände zu gewinnen. Dort wurden unsere vorderen Trichterlinien voll behauptet oder im Gegenstoß zurückgeworfen, während Massenangriffe beiderseits von Ghelubelt in unserem vernichtenden Feuer nicht einmal bis an unsere Stützpunkte vorgetragen werden konnten. Bis zum späten Abend dauerten die wilden Kämpfe, in denen die Engländer wiederum ungeheure Verluste erlitten, die sich dadurch noch erhöhen, daß bereits vor dem Angriff wiederholt Vereisungen des Gegners und nicht aufgefüllte feindliche Gräben von unserem Vernichtungseuer gefaßt worden waren. Den katastrophalen Misserfolg dieses neuen Großkampftages versuchen die Engländer der Welt dadurch zu verbergen, daß sie in ihrem Bericht vom 22. Oktober 10 Uhr 24 abends die Kämpfe des Tages als kleineren Unternehmungen bezeichnen. Der Masseneinsatz der feindlichen Kräfte, die weitgedehnten Angriffsziele, die tagelange schwere Artillerievorbereitung beweisen hier aufs neue die Unwahrhaftigkeit der englischen Berichte.

Tie in so vielen Großschlachten bewährte deutsche Flandernarmee hat wiederum einen vollen glänzenden Sieg errungen.

Das starke Feuer auf dem Großkampftage hielt bis Mitternacht an und setzte nach kurzer Pause um 2 Uhr 30 morgens zwischen Draabank und Jandvorde von neuem ein, sich nordwestlich Passchendaele sowie südlich des Southouster Waldes zum Trommelfeuer steigend.

Englischer Heeresbericht vom 22. Oktober morgens. Heute morgen in der Frühe führten wir drückende Angriffe beiderseits der Bahn Ppern—Staden aus. Französische Truppen wirkten auf unserem linken Flügel mit. Es wird von diesen Operationen ein günstiger Fortschritt gemeldet.

Englischer Heeresbericht vom 22. Oktober. Unsere Truppen führten heute morgen auf der Schlachtfeldfront in der Umgebung von Boelkappelle und in Verbindung mit den Franzosen südlich des Southouster Waldes sehr erfolgreiche kleinere Unternehmungen aus. Ostlich von Boelkappelle griffen Bataillone von Norfolk—Suffolk—Essex- und Berkshire-Regimenten sowie die Northumberland-Püsiliers auf einer Front von etwa anderthalb Meilen an. Sie nahmen eine Anzahl stark besetzter Gebäude und zusammenhängender Stützpunkte auf einem Hügel östlich des Dorfes. In der Nacht hatte Regen den Boden schlüpfrig gemacht, was die Zusammenziehung der Truppen erschwerte. Trotzdem erreichten wir noch wildem Kampfe, in dem viele Deutsche getötet wurden, alle unsere Ziele. Unsere Truppen südlich von Boelkappelle drängten dann weiter vor und nahmen andere wertvolle Stellungen jenseits der Linien ihrer Ziele. Weiter nördlich griffen Bataillone der Gloucester-, Devonshire- und Lancashire-Püsiliers und Manchester und Royal Scots im Zusammenwirken mit den Franzosen auf einer über 2 Meilen langen Front von der Eisenbahn Ppern—Staden bis zu einem Punkte nördlich von Rangelaare an. Der Kampf war ernst, doch wurden die südlichen Verteidigungsstellungen des Southouster Waldes und eine weitere Reihe doppelter Schöße und starker Punkte genommen. Die alliierten Truppen haben sich ziemlich fest jenseits des Südrandes des Waldes eingerichtet. Im Laufe des Morgens machte der Feind einen starken östlichen Gegenangriff bei der Eisenbahn Ppern—Staden. Es gelang ihm, auf beiden Seiten der Bahn das Vordringen unserer Truppen zum Stillen zu bringen, doch war er an allen anderen Punkten außerhand, unsere Fortschritte zu hindern. Etwa 200 Gefangene wurden gemacht und dem Feind schwere Verluste zugefügt.

Französischer Heeresbericht vom 22. Oktober nachmittags. In Belgien griffen wir heute morgen zur Linken der englischen Armee auf einer Front von 1 Kilometer an. Unsere Truppen nahmen alle ihre Ziele und machten fühlbare Fortschritte nördlich von Bildeel. Eine gewisse Anzahl von Gefangenen blieb in unserer Hand.

Abends. In Belgien hat die feindliche Artillerie tagsüber nur schwach geantwortet. Unsere in dem nördlich von Beldoeel obersten Gelände verschanzten Truppen haben unter dem bei dem heutigen Morgenangriff erbeuteten Gerät zwei Feldgeschütze gefunden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 22. Oktober. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 15 000 Br.-Reg.-T.o. versenkt.

Groß-Berlin

Der Streit um die Wahl des Verbandsdirektors.

Gestern vormittag hielt der Verbandsausschuss Groß-Berlin eine Sitzung im Berliner Rathaus ab, in der er sich mit der Wahl des Verbandsdirektors beschäftigte.

Gegen diesen Beschluß hat die Minderheit folgende Verwahrung zu Protokoll gegeben:

Wir erklären uns entschieden gegen einen Beschluß, der dem soeben gefassten Beschlusse des zuständigen Sonderausschusses der Verbandversammlung zuwiderläuft.

Zugleich erklärte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Bormuth, daß er über die Behandlung der Ausschreibung und der eingehenden Bewerbungen Bescheid nicht geben und erlaube vielmehr, die eingehenden Bewerbungen dem Sonderausschuss vorzulegen.

Am Schluß der Sitzung richtete der — wie wir an anderer Stelle berichten — nach Sachverstand Oberpräsident v. d. Schulenburg einige Abschiedsworte an den Verbandsausschuss, die der Oberbürgermeister Bormuth beantwortete.

Wir geben wohl nicht feil, wenn wir das Scheiden des Herrn v. d. Schulenburg mit den schlechterdings unhaltbar gewordenen Zuständen im Zweidrittelband in Zusammenhang bringen.

Die Gemüsenot.

Wie es jetzt wieder um die Gemüseversorgung steht, wissen wir alle. Daß es um sie in Groß-Berlin und in der Mark Brandenburg schlecht und im Deutschen Reich größtenteils nicht gut steht, wurde von dem Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly, den zu einer Besprechung zusammenberufenen Pressevertretern gesagt.

Wenn die Kartoffelernte beendet ist, werde die Reichsstelle für Gemüse und Obst von der Eisenbahnverwaltung mehr Wagen erhalten können, so daß wenigstens die Beförderungsschwierigkeiten sich mildern.

Oberregierungsrat v. Tilly benutzte die von ihm veranstaltete Zusammenkunft dazu, sich gegen den am Sonntag im „Vorwärts“ (Nr. 289) erschienenen Artikel „Zur Obst- und Gemüseversorgung“ zu wenden, der von Rat- und Hilfslosigkeit der Reichsstelle sprach.

In der an seinen Vortrag sich anschließenden Besprechung erwähnte Herr v. Tilly die in einigen Teilen Deutschlands gut ausgefallene Kohlrabenernte, die zum Teil einen Ertrag bieten könne.

Kartoffelversorgung für den Winter.

Der Berliner Magistrat hat die Einwohner aufgefordert, ihren Winterbedarf an Kartoffeln, wenn möglich, von auswärts zu beziehen. Die Leute aber, die dieser Aufforderung gefolgt sind, haben damit zum Teil trübe Erfahrungen gemacht.

Die Mieteinigungsämter.

Die Stadt Berlin glaubt, vorläufig noch mit vier Mieteinigungsämtern auszukommen. Sie hatte zu Beginn des Krieges zehn Miet-

einigungsämter eingerichtet in der Erwartung stark angehäufter Arbeit für diese. Aber im Laufe des Krieges war die Arbeit geringer geworden, weil Hauswirte und Mieter sich innerhalb der Kriegslage allmählich zurechtgefunden hatten.

Die neuen Gewerbesohlenkarten für Kohlen, die nicht zur Heizung, sondern für technische Zwecke verwendet werden, gelangen zwischen dem 25. und 31. des Monats bei den zuständigen Meldestellen zur Verteilung.

Am „Südring“. Am 28. Oktober wird die Kernsprechvermittlungsstelle Tempelhof nach dem neuen Postgebäude in der Berliner Straße 134-135 in Tempelhof unter der für das ganze Amt geltenden Bezeichnung „Südring“ verlegt.

Lehshallen. Der Krieg hat neben dem Bedürfnis nach guten Theater- und Konzertanführungen (die Vollsahallen sind überfüllt) auch den Wunsch nach erfrischer, guter Kostur geweckt.

„Gutsbesitzer von Dianitowski“ nennt sich in der Regel ein Schwindler, der es auf Goldwarengeschäfte abgesehen hat. Er kauft in den Läden eine Kleinigkeit, gibt dann zu verstehen, daß er pern etwas „recht feines“ haben möchte und bittet die Geschäftsinne, ihm noch dem Hotel zu schicken, was sie an unzerlegtem Schmuck auf-treiben können.

Ein Schreden der Hauswirte wurde gestern in Neukölln unschätzlich gemacht. Schon seit langer Zeit wurden in vielen Häusern von den Fluren die Türvorhänge und Läufer gestohlen.

Charlottenburg, Lebensmittel. Vom Donnerstag bis Sonntag werden auf Abschnitt 147 der Rohkostmittelliste 100 Gramm Weizen Grieß abgegeben. In derselben Zeit werden an die Inhaber der Haushaltsbezugsmarken, und zwar Serien IIIa und IIIb und IVa und IVb des Buchstabenabchnittes „A“ folgende Waren verteilt:

Neukölln, Lebensmittel. Bis Sonntag, den 28. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisezettellisten der Verkaufswagen der Firmen: Volle, Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten G. m. b. H., Dellerdorf, Viktoriapark und Schweizerhof eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Streichkäse (Auslandsware) zum Preise von 0,65 M. verteilt.

Das Stadtbad bleibt nach einem neueren Beschluß der städtischen Deputation für das Turn- und Badewesen geöffnet. Dagegen soll vom 1. November ab die Verteilung der Badewäsche in den Schwimmbädern, den Bannbädern II. Klasse und den Brausebädern vollständig eingestellt werden.

Spandau, Lebensmittel. Der Magistrat gibt die neuen Brotpreise bekannt. Danach darf der Brotpreis im Kleinverkauf höchstens betragen: für Roggenbrot von 1500 Gramm 66 Pf., für Weizenbrot von 75 Gramm 5 Pf. und für Krankebrot von 1500 Gramm 85 Pf.

Gerichtszeitung.

Eine sehr ernste Warnung an solche Hausfrauen, die geneigt sind, Brot- und sonstige Nahrungsmittelarten „unter der Hand“ zu kaufen, erging durch das Schöffengericht Berlin-Mitte bei der Verhandlung einer gegen sieben Frauen gerichteten Anklage.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Weihenau. Am Donnerstag, den 25. abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Charlottenburger Str. 3, Ecke Tschafstraße, eine Heimbesucher-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung statt.

„Die Kohlenbrenner“. Die Fortsetzung dieses Romans ist in Heft 42 der „Freien Stunden“ enthalten.

Eingegangene Druckschriften.

- Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Band 2. 2 M. Grandische Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
Von Schreier in den Krieg. Von Richard Schiller. 40 Pf. Verlag „Schlechte Bergmann“, Waldenburg i. Schl.
Klemmings Kriegskarte von Süddeutschland. 1,25 M. Klemmings Verlag, Berlin und Glogau.
Aktualisierte Geschichte des Weltkrieges. Heft 151-157. Je 30 Pf. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
Woran man nicht denken mag. Roman. Von Gabriela Zapolska. 5 M. Westerbild u. Co., Berlin, Berlin.
Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Von Paul Hirsch. 2,50 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
Sozialismus und Wohlwollen im russischen Staatswesen. Von Dr. F. Hirsch. 1,50 M. Buchhandlung von Max Deutscher, Bern.
Hilfsbuch für alle Deutschen. Von Dr. Heinrich Verbeke. 1,60 M. Volkswortverlag, M. Gladbach.
Vom Weizen und Sinn der Welt und des Lebens. Von Doktor Edmund Heide. 1,50 M. Verlag „Es werde Licht“ G. m. b. H. in München.
Garapa vor der Verarmung. Von Martin Koch. 60 Pf. Richard Kühn, Leipzig-Schleiss.
Das Reichswirtschaftsamt als Gesamtschutz der Interessen von Industrie und Handel im Frieden und im Kriege. Von Dr. W. Arntzen. 80 Pf. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Briefkasten der Redaktion.

- H. G. 333. Hat Anspruch, wenn die Zahlung der Berufsangehörigen die Verpflichtungspflicht an keine Arbeitgeber ausgedehnt hat. Der Unfall muß gemeldet werden.
C. P. Gövendt. Wenden Sie sich schriftlich an die Zentralkommission der Anwaltschaften Berlin, Alexanderstraße 40/41.
H. W. 100. Nein. Sie können die Police befehlen lassen.
Koppenhöfer. 1. Das Kommando im allgemeinen Interesse des Truppendienstes. 2. Für 16 Tage.
90. Weihenau. Sie müssen nachweisen, daß Ihr Sohn Sie vorher regelmäßig unterrichtet hat.
W. G. 11. 1. Innerer Meinung nach muß Austausch stattfinden. 2. Robbenstraße 11/12. 3. Berlin-Schöneberg, Apollon-Caulusstraße 9.
P. B. 14. Wenden Sie sich an das Zentralamt des roten Kreuz, Abteilung für Gefangenensorgere, Berlin SW 11, Altonaerstraße 40.
G. G. 75. Kriegshilfsleistungskomitee des Gardekorps, NW 5, Leichter Str. 57, Reichsbefehlungsstelle W 56, Marckardstraße 42. 2. In den Vormittagsstunden.
C. Neukölln. Sie haben unbedingt Anspruch auf Schadenersatz. Klage richtet sich gegen den Wächter oder Eigentümer der Garderobe, nicht gegen die Angestellte.
Gefreiter W. E. Ihre Frau ist nach den bestehenden Bestimmungen bestraft. Widerspruch wäre aussichtslos, da diese neuen Bestimmungen streng ausgelegt werden.
C. Z. 16. 1. Ein Recht darauf besteht nicht. 2. Nein. A. Sollen nicht sein. Trotz der Ausföhrungen des Kriegsministeriums besteht dieser Unterschied also immer noch.
4. Berechnungsschein zum Einjährigendienst. An Ihre Erlassbehörde.
2. Str. 100. An der neuen Bekanntmachung vom 17. Oktober macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß die Ausgabe der Bezugsscheine für Rührmittel gleichzeitig mit der Ausgabe der Rührmittellisten erfolgt.
Danauch ist anzunehmen, daß die Bezugsscheine gleichzeitig mit den Rührmittellisten zum Hausbesitzer ausgereicht werden.
Tante. Nein.
H. W. 600. Kaufmannschaftsmitglied haben nur die Eltern zu beauftragen. Wenn Ihre Brüder alt sind, also nicht als Landsturmmänner, mehr als drei Jahre dienen, zusammen mit Ihrer aktiven Dienstzeit also mehr als sechs Jahre, hat Ihre Mutter Anspruch auf 240 M. pro Jahr.
Antrag ist an die Gemeindebehörde innerhalb 4 Wochen zu stellen.
Sp. A. Wenn Sie keine Schenkungsurkunde haben, können Sie auch nicht klagen.
H. G. 103. Wenn Ihr Mann gemäß § 313 Reichsvereinsgesetzordnung freiwilliges Mitglied der Kasse geblieben ist und die Beiträge festgemäß bezahlt hat, dann haben Sie Anspruch auf Sterbegeld.
H. 4. Ueber den Verdienst Ihrer Minderjährigen können die Eltern verfügen. Nebenbei bemerkt, haben Sie etwas sehr wenig Recht geltend gemacht.
Streichende Goldgrube. Ja.
H. P. 13. Bei jeder Bank.
G. G. 27. Im Abrechnungsbuch, 2. Band 4. Teil, Seite 246 u. f. finden Sie Wachstumsabgaben und -Einzahlungen.
H. Czujig. Wenden Sie sich an die Redaktion des „Volkswille“, Hannover, Altonaer Str. 7.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst mild, vorwiegend trübe mit weit verbreiteten, an der Küste vielfach stärkeren, im Binnenlande geringen Regenfällen, später im Westen stärkere Abkühlung.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 Uhr: Der lebende Leichnam.
 Donnerstag: Winterballade.
Kammerspiele.
 8 Uhr: Fasching.
 Donnerstag: Eine glückliche Ehe.
Volksbühne.
 Theater am Bülowplatz.
 Untergrund. Schönh. Tor.
 7 1/2 Uhr: Was ihr wollt.
 Donnerstag: Nathan d. Weise.
 Dr. C. Meinhard - R. Bornauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: Der Katzensteg.
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.
Theater für Mittwoch, 24. Oktober.
Central-Theater.
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

URANIA
 4 Uhr (halbe Preise):
 Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina.
 8: Geheimn. Prof. Dr. Eucken:
 Deutschlands Leistung für die
 geistige Befreiung d. Menschheit.
 6 U.: Prof. Dr. B. Donath:
 Einführung in die Wechselstrom-
 technik.
 8 U.: Dr. W. Berndt: Der
 prähistorische Mensch.
NATIONAL-THEATER
 Größter Lacherfolg!
Das ist die Liebe!
 Sonntag 3 1/2 Uhr:
Was junge Mädchen träumen.
 Mittw. im voraus Belag. 10-2.
Neues Operettenhaus
 Schiffbld. 4a. Kassent. Nd. 281
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Raskolnikoff.
Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Johannes.
Schiller-Th. Chari.
 7 1/2 Uhr: Die Distel.
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
 Theater am Möllendorferplatz
 8 1/2 Uhr: Der Prinz von Homburg.
 7 Uhr:
Seni calda
Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
 mit Guido Thielen

Rose-Theater.
 Zum 30. Male:
 7 1/2 Uhr: Der Weiberfeind.
Walhalla-Theater.
 8 1/2 Uhr: 1001 Nacht.
 7 1/2 Uhr: Zigeuner.
Spezialarzt
 Dr. med. Colemann
 für Haut-, Horn-, Frauenleiden
 nerv. Schwäche, Heinkranke,
 Ehrlich-Hata-Kuren,
 (Dauer 12 Tage). Behandlung
 schnell, sicher und schmerz-
 los ohne Berufsstörung.
 Königstr. 56-57 gegenüber
 Rathaus.
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
 Wir feiern U. 9 15 der Be-
 fahmungszeit vom 25. Septbr.
Gettorte
Weinorte
 u. alle anderen Sorten neue
 u. geb. Sorten.
 Weinhandlung Köpenick
 G. m. b. H. Uminahme 5. Ordner
 Georgenstraße 30 B. Ringen-
 platz. 9-12, 3-8.

Künstl. Zähne mit echtem
 Friedenskautschuk,
 Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnzie-
 mit Getüb., Umarbeit., Reparatur, sofort Bill. Preise, auch Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser am Brunnenstraße 185.
 nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprach. 10-7. Sonnt. 10-12. Tel. Nr. 11503
Gründliche Behandlung
 von Nerven-, Nieren-, Frauenleiden (Unterleibsliden),
 Lungenleiden, Tuberkulose, Magen- und Darmleiden,
 Epilepsie, Schlaflosigkeit, Schwächezustände, Ischias,
 Rheumatismus, Gicht, Flechten, Hautleiden usw.
 Dr. Hermanns, Elsassstr. 22 I. direkt a. d. Friedrichstr.
 Sprechst. tägl. 10-1 u. 5-8 1/2, Sonnt. 10-1 Uhr
 mit u. ohne Platte, mit echtem
 Friedenskautschuk, Goldkronen,
 Brücken, Plomben, Umarbeitung
 schlechterer Gebisse.
Zähne
 Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung
 Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 1048.
Zahn-Praxis D. A. Löser am Rosenthalerstr. 69.
 nahe Plätz. Persönlich zu sachen von 9-7, Sonntags 10-12

Statt Karten:
 Am 20. Oktober früh
 halb nach hundert, späterem
 Krausenlager mein lieber
 Mann und guter treu-
 forgender Vater (einer
 Kinder 113a
Otto Schulze
 im Alter von 49 Jahren.
 Dies zeigt hierdurch an
 Witwe Clara Schulze
 nicht Kindern.
 Die Einbürgerung findet
 am Freitag, den 20. Oktober,
 nachmittags 5 Uhr, im
 Arematorium, Gerichts-
 Saal 37/38, statt.
 Um stille Teilnahme wird
 gebeten.
Sozialdemokrat. Verein
 Kreis Niederbarnim.
 Bezirk Lichtberg.
 Den Mitgliedern zur Kennt-
 nis, daß der Genosse, Wen-
 geber
Otto Schulze
 Kanthofstraße 95
 plötzlich an Darmverfällung
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einbürgerung findet
 am Freitag, den 20. Oktober,
 nachmittags 5 Uhr, im Arematorium
 Gerichtsstr. 37/38
 statt.
 Rego Beteiligung erwartet
 Die Bezirksleitung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Kollege, der
 Bruder
Wilhelm Schäfer
 Steinmetzstraße 33,
 am 20. Oktober gestorben ist.
 Die Beerdigung findet
 am Donnerstag, den 25. Ok-
 tober, nachmittags 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des
 St. Michael-Kirchhofs, Marien-
 dorfer Weg, aus statt.
 Rego Beteiligung wird er-
 wartet.
Nachruf.
 Den Mitgliedern ferner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Kollege
Eduard Groß
 Vorhagenstraße,
 am 17. Oktober gestorben ist.
 Ehre Ihrem Andenken!
 189/15 Die Ortsverwaltung.
**Allg. Kranken- u. Sterbe-
 kasse d. deutsch. Drehteller u.
 d. Berufsgen. Ersatzkaffe.**
 Verwaltungsteil. Berlin B.
 Am 20. Oktober verstarb
 unser Mitglied
Wilhelm Schäfer
 Reußstr. 28, Steinmetzstr. 33.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, d. 25. Oktober,
 nachm. 3 Uhr, von der
 Halle des neuen Michaelis-
 Kirchhofs, Mariendorfer Weg
 aus statt.
 In der Wüste seines Lebens
 fiel als Opfer des Welt-
 krieges am 6. Oktober 1917,
 nach drei Jahre zwei Wo-
 chen schweren Kampfen,
 mein innigster, bester,
 guter Mann und Vater, unser
 einziger geliebter Sohn, Bru-
 der, Schwager und Onkel,
 der Kollege
Otto Matzkowski
 im noch nicht vollendeten
 34. Lebensjahre.
 Dies zeigen im tiefsten
 Schmerz an
 Frau Anna Matzkowski
 nebst Söhnen, Eltern,
 Schwester und Verwandten.
 Geliebt, beweint und
 unvergessen.
 Beim Einäschern meines
 lieben Mannes und Vaters, des
 Bruders
Friedrich Graul
 (gen. wie hierdurch allen, ins-
 besondere der Wittwe, Ber-
 hat! Spannen N. 1 unsern
 herzlichsten Dank.
 12506
Emilie Graul
 und Kinder.
 Durchg. Volkshaus
3 Morg. Land 2100 M.
 an fgl. Wald, Bohnen, neue Woll-
 Posten, Berlin NO. Bülowstr. 8.

Berliner Konzerthaus
 Mauerstr. 22. Zimmerstr. 90/91.
Hente:
Großes Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komponist Franz von Blon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 An allen Nachmittags-Konzert u. voller Orchesterbesetzung
 Wochentagen bei freiem Eintritt

WINTERGARTEN
 Der neue umfangreiche
 Variété-Spielplan
Frieda Langendorf
 a. G.
 Nur noch kurze Zeit
Warschauer Ballett.

Büsch
 Täglich 7 1/2, Sonnabend
 u. Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2, U.
Goldwoche! Wer mit Gold
 zahlt, erhält
 eine gleiche umsonst!
Karie
Rolando, der Mann in
 der Wasserseile, E. Neufuss,
 Essen u. Trink. unt. Wass.
Die weiße Dame
 und die Schmetterlinge
 neuart. Kombi.-Reizakt.
Alex u. Hermann,
 Hand- und Kopfstand-
 künstler. Usw. usw.
 Zum Die 3 Pierrots.
 Schluß!
 Sonnabend 3 1/2, U. wieder
 Gr. Sonder-Jugendvorst.

Zirkus A. Schumann.
 Letzte Saison in Berlin.
 Bf., Friedrichstr. Anf. 7 1/2, U.
Mexiko
 Große Original-
 Ausstattung-Pantomime
 in 4 Akten.
 Vorher das phänomenale
Zirkus-Programm.
 u. **Nadchura**
8 Franconis 8

Trianon-Theater
 Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
 1/2, 8 U. Allabendlich 7 1/2, 8 U.
Der Lebensschüler.
 Schauspiel von Ludwig Fulda.
 Kaiser-Titz, Ida Wüst,
 v. Möllendorff, Ketsner, Flink.
 Sonntag 3 1/2, Johannistag.

APOLLO
 Friedrichstraße an der Kochstr.
 Dir. James Klein.
 Allabendlich 7 1/2, Uhr:
Die Hochzeit des Maharadscha
 Theaterk. ununterbr. geöffnet.
 Sonntags: 3 Vorstellungen,
 8 1/2, und 7 1/2, Uhr.
Voigt-Theater.
 Badstr. 66. Badstr. 66.
 Täglich:
Die zärtlichen
Verwandten.
 Rollenöffn. 8 1/2, Anfang 7 1/2, U.

Admirals-Palast.
 Die Novität
Abrahadabra
 Großes phantastisches
 Ballett auf dem Eis.
 7 1/2, U. Vorzügl. Küche.

Wintermäntel
 Kostüme und Röcke
 Wasserdichte Mäntel
 direkt aus der Fabrik
 gibt jetzt auch an Private
 Bliks Damenmäntel - Fabrik
 Krausenstr. 30, Hof. Erd-
 gesch.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Anfang 7 1/2, Uhr.
 Jed. Sonntag
 nachmittags
 3 Uhr
 Vorstellung
 z. ermäßigten
 Preisen!
 Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
 Eintritt 30 Pf.
 Billetts schon heute!

Cigarren, Claretten, Kautabaka
 E. Ernst Berch, Elsassstr. 21.
Alkohol. Getränke
Franz Abraham
 Faust Mezzina u. Römerstr. 10.
 C. 31 Bartschstr. 1a, Fernsp. Kgl. 12708
Bandagen, Gummis,
 R. Hanks, Bräunerstr. 52.
 E. Kraus, Kommandantenstr. 15.
 A. E. Lange, Brunnenstr. 104
Bäder u. Konditoreien
 F. Kleinschmitt, Köpenickerstr. 14.
 Otto Wolff, Trautow, Köpenick. 15
 Zachen, Gr.-Lichter, Quaschnitz 154
Bierbrauerei, Reichshallen
Brauerei Boltzow
 empfiehlt
Qualitätsbiere
 ersten Ranges
 (Karr.-Woll.-Wollw.-Trikotage)
 Hermann Meyer, Köpenickerstr. 21.

Casino Theater
 Sofbringer Straße 37.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Brieflicher Querschnitt
 Die Schlagszene
Heiraten mußte!
 Socher der neue bunte Zeit.
 Sonnt. 4 Uhr: Quete, die Perle.

Bandwurm
 mit Kopf, ebenfalls Spul- u.
 Wurmbolzen, bereit, fähig
 u. unbed. nat. Welle
 Strickstoff-Druckmaschinen
 Ein Name ist seit 10. 10. 10
 25 Jahre, er hat, bew. 11. Ge-
 w. 1. 2 50. 10. 10. 10. 10. 10.
 1. 50. 10. 10. 10. 10. 10.
 Medice u. 10. 10. 10. 10. 10.
 Berlin 42. Wilhelmstr. 4

Spezialarzt
 Dr. med. Laabs
 beh. schnell, gründl., unbed.
 Schmerzlos u. ohne Berufsstör.
 Geschlechtskrankheit, geheime
 Haut-, Horn-, Frauenleiden,
 Schwäche, Urogenitale Methoden
 Ehrlich-Hata-Kuren, Horn- u.
 Blutuntersuchung.
 Königstr. 34/36, Schindler
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Belegartenvermittlung
 zu hohen Preisen zum
 Weiterverkauf zu kaufen.
 Effekten mit Preis unter
 W. 1034 Annenb. 10. 10. 10.
 H. 20. 10. 10. 10. 10. 10.
 15. Schindlerstr. 7. 10. 10.

Pelz und Plüsch
 Seal-Plüsch mit echten Pelzbesätzen,
 Seidenplüsch in la Ausführungen,
 Mohair-, Astrachan-, Manica, Glockenform,
 auch glatt Mohair-Wollplüschmantele,
 selbst für stärkere Figuren.
 Modelle in verschiedenen Preislagen.
 Seal-Plüsch-Mantel,
 Fohlenmäntel,
 Persischer-Kleidermäntel,
 Kid-Kraut-Mantel, echter Pelz
 halblang, 500.-
 Pelzgefütterte Stoffmäntel in la Ausführung.
Pelzgarnituren
 Imprägnierte Seidenmäntel 180.- 120.- 100.- 80.-
Kostüme
 aus besten einwässigen Stoffen,
 Esimigara mit echten Pelzbesätzen 400.-,
 aus la reinwässigen blauen leuchtete
 Formen, 200.- 300.- 250.-
 Seidenkostüme 100.- 180.- 90.-
 Fesche Kostüme aus Phantasiestoffen
 125.- 100.- 75.-
Ulster
 dicke, möllige Stoffe
 mit Pelzverzierungen,
 Plüsch Ulster Glockenformen,
 weiche, möllige Stoffe,
 200.- 180.- 120.-
 Einfache Ulster.
Seidenkleider, Seidenröcke, Kammgarnröcke, Samtröcke!
Westmann,
 I. Geschäft
 W, Mohrenstraße 37a
 II. Geschäft
 NO, Gr. Frankfurter Str. 115.
 Sonntags geöffnet 12-2 Uhr.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Erscheint 2 mal wöchentlich.
 Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
 25 eigene Füllungen.
Gebüder Manns
 48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen 43
August Holtz 15 Detail-
 Geschäfte.
Wassermaschinen
 Moulton
 Anzeigerüberstr. 26.
 Köpenickerstr. 92
 sämtliche Bäder.
Central-Bad Köllnische
Diana-Bad Köllnische
Passage-Bad Köllnische
Reform-Bad Wiener Str. 66.

Münchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
 Weissbier, C. Breithaupt,
 Pilsenerstr. 97 Tel. Egt. 2081, 2082
Eisfabriken
Timmer-Essig
 überall erhältlich!
Nähmaschinen
 Bellmann, E. Gollnowstr. 25
 Nähmaschinen
Singer
 Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Finch u. Wurst
 Otto Koppel, Alte Jakobstr. 24
Herrn u. Knaben
J. Baer
 Badstr. 26, Ecke
 Prinzen-Allee.
 Carl Jung, Brunnenstr. 11.
 E. Hahnemann, Köpenickerstr. 40b, E-Seest.
Hüte, Mützen, Polswärmer
Vester, E.
 Köpenicker-
 Str. 11/12.
Wollhandlungen
Bethke, Georg,
 Neukölln, Oberstr. 23, Kaiser-Friedr.
 Str. 64, Wilmersd. 159, Friedenstr. 23
 Treptow, Größte-Str. 44
Gaede, Otto
 Charlotten-
 burg,
 Wrangelsstr. 75
 Holz Uuvvstr.
F. W. Sichter
 Optiker, Moosbaker
 Schaubert, Carl, Köpenickerstr. 140

Meierei
C. Bolle
 A.-G.
 Berlin N.W. 21 Alt Noabit
 99/103 n
 Altkäse und grüster
 Milchwirtschaftlicher
 Grossbetrieb
Photogr. Apparate
 M. Albrecht
 30, Köpenicker Str. 1,
 auch Golegenahelstr.
Uhren u. Goldwaren
 Lehmann, Alb., Frank. Allee 40
 (Wolow, Likör, Fruchtstoffe)
Hugo Boling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Ges.
 ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Maisse Landhaus
 reichlich Stallung, 12-jähriger
 Obigen, 147 R. umfassen-
 halber an Annehmlichkeiten
 Selbstkäufer freundlich. Haus-
 nebe an HORN, Tempelhof,
 Schützenburg-Ring 52. 7408
 Diese Woche täglich frisch:
 Gänsefleisch p. Pfd. 4.30
 Gänsefleisch p. Pfd. 4.30
 Gänsefleisch (im Vorrat) Stk. 4.-
 Eidgans p. Pfd. 12.50
 Kanderfleisch p. Pfd. 9.00
 Nahrungsm. p. Pfd. 8.75
 Rindfleisch p. Pfd. von 4.75
Max Westheimer
 Neue Jakobstraße 12.

Dagö.

Neben und nach Döbel ist Dagö das größte Eiland der reichen Inselwelt, die den Rigischen gegen den Finnischen Meerbusen hin abriegelt. Die Insel umfaßt 900 Quadratkilometer und zeigt mit den vier Zipfeln, die sie nach allen Himmelsrichtungen ausstreckt, einen lebhaft bewegten Umriss. Ihre Oberflächengestaltung zeichnet sich durch Mannigfaltigkeit aus. Im Süden flach und landig steigt der Boden gen Norden hin allmählich an. Auf der westlichen, der sogenannten Dagerortischen Halbinsel erhebt sich ein Gebirgszweig, der bis zu etwa 70 Meter aufragt und dessen höchster Punkt der Andreasberg genannt wird. Auch in einigen anderen Teilen zeigt die Insel hohe Erhebungen. Im ganzen Nordteil ist der Boden Dagös sehr feinig. Da tritt der vielfach zerklüftete, bewitterte und zerfallene Kalkfelsengrund, der den eigentlichen geologischen Kern der Insel bildet, an manchen Punkten noch nachzutage. Unzählige lose Granitblöcke, darunter einige von gewaltiger Größe, liegen allenthalben umher, und umseit der Ostküste befindet sich mitten in einem bewaldeten Seuchlage einer der größten erraticen Wäde Schlands, der nicht weniger als 16 Meter lang, 10 Meter breit, 8,5 Meter hoch und einen Umfang von 41 Meter besitzt. Dem mannigfachen geologischen Bau entsprechend ist auch die Flora der Insel in ihren einzelnen Teilen sehr verschieden. Die Halbinsel Dagerort zeichnet sich vor allem durch reiche Bewaldung aus, deren Wert durch einen guten Wildstand erhöht wird. Der Osten und Südosten besitzt einen ziemlich guten, wenn auch flachen Ackerboden, die Westküste der Insel ist meist sandig, im Norden werden vornehmlich Birken gepflegt, und die Mitte Dagös schließlich ist von ausgedehnten Mooren und Heiden eingenommen, über denen die Einsamkeit der herben nordischen Natur liegt. Bei diesen Verhältnissen ist es natürlich, daß die Insel ihren Bewohnern es nicht leicht macht, den nötigen Lebensunterhalt zu gewinnen. Der Landbau allein reicht nicht immer aus; die Dagerer treiben auch Schafzucht, gehen auf den Fischfang, beschäftigen sich eifrig damit, den Reichtum des Seebodens zu bebauen, und viele pflegen auch besonders im Sommer auf das Festland auf Arbeit zu gehen, um sich so den nötigen Lebensunterhalt für den Winter zu verdienen. Es gibt auf Dagö sogar einen Fabrikort; das ist Axtel, eine Ansiedlung, die gegen 2000 Einwohner zählen dürfte, die zum Teil in einer Arbeiterkolonie wohnen. Dort Axtel lebt von der staatlichen Tuchfabrik, die ursprünglich eine Gründung der bekannten Familie v. Ungern-Sternberg ist und sich so vergrößert hat, daß sie sich einen eigenen Hafen mit einer Landungsbrücke für Schiffe von 3 Meter Tiefgang hat anlegen können.

Der Name Ungern-Sternberg erinnert an Dager Abenteuer, dem die weltferne Insel es verdankt, daß ihr Name doch hier und da einmal genannt wurde. Selbst ein Dichter von internationaler Ruhme hat sich dieses Dager Abenteuer angenommen; das ist Maurus Jofai, und die Dichtung, die wir im Sinne haben, ist sein Roman "Der Turm auf Dagö". Schlußpunkt dieses Romans bildet das Gut Hohenholm an der Nordwestküste der Insel, wo sich übrigens noch Überreste von Hafenanlagen aus schwedischer Zeit wahrnehmen lassen. Dort lebte als Besitzer des Gutes im ersten Teile des neunzehnten Jahrhunderts ein Ungern-Sternberg, der am Strande faste Feuerzeichen aufstellte und dadurch viele Schiffe zum Scheitern an der gefährlichen Küste brachte. Die Ladung der Schiffe eignete sich dann der Hohenholmer an. Der Nachklang seiner Taten und seines traurigen Endes ist noch heute auf Dagö lebendig.

Die Bevölkerung der Insel beläuft sich im ganzen auf etwa 15 000. Zwei Drittel davon sind Schweden, das letzte Drittel Deutsche und — freilich in ganz verschwindendem Maße — Schweden. Die großen Güter der Insel sind hier, wie auch auf Döbel, ganz in deutscher Hand. Was die Schweden angeht, so berichtet die sogenannte Guts-Sage von einer schwedischen Auswanderung aus Ostland nach einer Insel bei Ostland, die Dagalith heißt, schon aus einer Zeit, wo Ostland noch heidnisch war — also vor 1080. Diese schwedischen Auswanderer sind jedoch der Sage zufolge nicht dauernd auf Ostland geblieben, sondern haben ihre Wanderung weiter bis nach Rußland und schließlich nach Griechenland fortgesetzt. Dagegen liegen zuerst aus dem Jahre 1470 zuverlässige geschichtliche Beweise für die Anwesenheit schwedischer Ansiedler auf Dagö vor. Sie standen in einem festen und vorteilhaften Verhältnis zum Deutschen Orden, indem sie gegen Zahlung einer gewissen Abfindungssumme von allen Arbeiten für den Orden, die auf den Gütern lasteten, befreit waren. Erst im 17. Jahrhundert wurden auch die schwedischen Bewohner von Dagö zu den öffentlichen Arbeiten herangezogen, und dagegen haben sie sowohl unter der schwedischen, wie auch seit 1710 unter der russischen Herrschaft Einspruch erhoben. Allein er fruchtete nichts — die Vorgeschichte der Schweden war dahin, und im Jahre 1781 wurde sogar die

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Franck.

Auch Tante Pepsch vereinigte ihre Vorstellungen mit denen des Mädchens, daß es am besten sei, nicht mit dem Kopf durch die Wand zu rennen, sondern, daß man erst die Entwicklung der Dinge abwarten müsse. Hierbei war die alte Jungfer auch von dem dunklen Verzensdrang geleitet, sich in dieser mißlichen Sache zuvor bei ihrem Reichthümer Rates zu erholen, weshalb sie ganz gegen ihre sonstige, nie verlassene Pflicht einer vorzüglichen Mäuerin sich eiligst empfahl. Schon einige Minuten später sah sie der Nachbar, der alle Schritte des Seboldsdoerschen Hauses überwachte, sitzend in ihrem schwarzen Tuch und der großen dunklen Haube, das goldgeschmückte Gebetbuch an die jungfräuliche Brust gepreßt, aus der Worte eilen. Und er wußte, daß dies der Vergug sei, in dem sie zum Hause des Herrn zu gehen pflegte, was etwa jede Woche fünfmal und in Zeiten, da die Wogen der inneren Erlebnisse hoch gingen, sogar siebenmal der Fall zu sein pflegte.

Die beiden allein gelassen, gaben sich endlich ungestört ihren Sorgen und dem Aufwallen ihrer Liebe hin. Hätte man sie in diesem Augenblick auf die Folter gespannt, sie hätten sich treu zueinander bekannt — aus der unbestimmten Angst, in die jede Möglichkeit der Kenderung gewohnter Verhältnisse das Menschenherz versetzt.

Vergessen war in der Stille der Stunde, wie oft sein in der Luft des adeligen Elternhauses versteinertes Empfinden zurückzuführen war vor etwas, das er für den Hauch der engen Bürgerlichkeit dieses Hauses hielt, vergessen hatte auch sie das Fremde, sie so oft kühl beruhigende seines Wesens, das sie sich nicht zu erklären wußte, wenn nicht aus seiner Ungläubigkeit für die Lehren ihrer Kirche.

Jetzt sprach nur der dunkle Drang der jungen Körper. Und in dem entscheidenden Augenblick, da zum erstenmal ein Wort der Leidenschaft sie besetzt hätte aus dem Käfig der Persönlichkeiten — schweig sie.

Das Reden war ja nie ihre starke Seite gewesen. Abweisend, ernst, wie der Schnitt ihres Gesichtes, war auch ihr Herz verschlossenes Wesen, das bei allem Lobern der Empfindung es noch nie vermochte, frei in Rede und offener Fart-

Hauptmasse der Dagöer Schweden, über 1000 Köpfe, von der russischen Regierung ausgehoben und nach Sibirien verbannt, wo sie langsam dahinsinken. Nur noch in Reuel und Roids verblieben kleinere Gruppen schwedischer Bewohner, und heute hat sich das schwedische Bevölkerungselement fast ganz im estnischen und deutschen aufgelöst. Aber das schwedische Blut ist darum doch nicht ganz ausgestorben, und in den vielfach großen, kräftigen und behaarten Gestalten der Insulaner erkennt man leicht das germanische Erbe wieder.

Edisons „neuestes Wunderwerk“.

Wissen über das „unsichtbare Schiff“.

Die fabelhaften Erfindungen, die angeblich tagtäglich im Laboratorium gemacht werden, und von denen die Antkepresse gar Ungeheuerliches zu vermelden weiß, hat einem schwedischen Satiriker Anlaß zu einer lustigen Plauderei gegeben, die hier in den Hauptzügen wiedergegeben sei. „Niemand hat ein Krieg“, so schreibt der unter dem Pseudonym „Purre“ bekannte Journalist, „wohl so merkwürdige Erfindungen geboren, wie dieser. Insbesondere Edison ist recht fleißig gewesen. Hat er sich doch speziell auf die Vernichtung der U-Boote eingerichtet, für die er atomonatisch ein neues, „ganz und gar unsichtbares“ Mittel auf den Kriegsmarkt wirft. Die U-Boote sind also in der Tat längst ausgerottet. Das fortgesetzte Geschwätz über sie in der deutschen Presse ist reiner Quatsch. Nichtsdestoweniger aber läßt Edison unentwegt fort, sie zu vernichten, und sein letztes unsichtbares Mittel ist das unsichtbare Flugzeug. Das unsichtbare Schiff macht sich über das U-Boot lustig, das auf dem Meer umhertrifft, suchend, wen es verhängt. — Doch es findet sein Opfer. Manchmal kommt es sogar vor, daß das unsichtbare Schiff den kleinen Segler rammt, wobei dieses zu einem Fetzen auf der Meeresoberfläche verhandelt wird. Wenn man nun einen Tausendtonnendampfer unsichtbar machen kann, muß es ja ein Leichtes sein, auch anderen Dingen dieselbe unsichtbare Eigenschaft zu verleihen. Man darf somit allerhöchstens das unsichtbare Flugzeug erwarten, worauf Hindenburg sich heimgeben mag. Ist der Krieg auf diese Weise zu glücklicherm Ende abbracht, so wird Edisons letzter Kunstgriff natürlich für andere Zwecke in Gebrauch genommen werden. Die wertvollste beispielsweise die Kunst ist, sich selbst unsichtbar zu machen, liegt ja klar zutage. Wenn Edison seine Verdienste gegen 250 M. in Briefmarken vertritt, wird er bald ein Vermögen daran verdienen haben. Der Mann, der sich unsichtbar machen kann, braucht sich niemals vor seinen Gläubigern zu fürchten. Sobald er einem begegnet, wendet er das praktische Mittel an. Schreiben sie ihm Briefe — nun, so kann er in diesen Zeiten des Kohlenmangels Papierdiktate davon machen. Ein Mann mit vielen Gläubigern wird es also immer bedauerlich warm haben. Aber auch auf andere Weise kann man sich seiner Gläubiger entledigen, wenn man Wert darauf legt. Man braucht nur das Edisonsche Patent in Wirklichkeit zu legen und sich in eine große Bank zu begeben. Dort fällt man sich die Taschen mit Banknoten und wird so auf die schmerzloseste Weise bald Multimillionär. Im übrigen hat der „unsichtbare“ ja aber gar kein Geld nötig. Alles kann er sich auch so verschaffen. Er geht in Läden und Restaurants und wählt sich aus, was er will, ohne nach den Kassen zu fragen.

Auch der Ruf nach Abschaffung der Geheimdiplomatie, der jetzt immer lauter ertönt, wird durch das neue Mittel überflüssig. Sie wird ganz von selbst verschwinden; denn heimliche Beratungen würden ja nunmehr ein Unling sein. Weß doch niemand, wer noch im Saale sitzen mag, um den Redationen schleunigst all das geeignete Material zu überbringen. Es wird überhaupt gar keine Geheimdiplomatie mehr geben. Von ehelicher Untreue (die ja ohnehin nur in Lustspielen vorkommt!) wird man nie mehr reden hören. Denn jeder Versuch dazu würde sofort entlarvt werden. Ueberhaupt wird die Erfindung auf die moralischen Zustände einen günstigen Einfluß ausüben. Freilich nicht so sehr bei denen, die im Besitz des Geheimnisses sind, wie bei den anderen. Die Polizei wird man glatt abschaffen können. Der erste Schritt dazu wird sein, die Polizisten unsichtbar zu machen; wenn man sich nie sicher vor Beobachtung fürchtet, wird niemand mehr eine strafbare Handlung wagen. Ebenso wird die Einsetzung eines neuen Krieges unmöglich machen. Angenommen z. B., daß Deutschland und Frankreich noch einmal gegeneinander ins Feld ziehen, wird man beiderseits natürlich das Militär unsichtbar machen. Die Armeen scheiden sich mit äußerster Vorsicht aneinander heran. Keiner entdeckt einen Feind. Lautlos und unmerklich schlängeln sie sich aneinander vorbei. Und nicht lange, so stehen die Deutschen in Paris und die Franzosen in Berlin. Man sieht man um und hängt von neuem an, und nach einiger Zeit ist jedes Heer wieder zu Hause, ohne daß es nur eine einzige Wunde gegeben hätte. Da sehen die Staaten das Hoffnungslose des Unternehmens ein und schließen Frieden, worauf sie ein gemeinsames Danktelegramm an Edison absenden.“

Neue Schätze im Kaiser-Friedrich-Museum zu Berlin.

Eine teilweise Umgestaltung der der Kaiserin des 14. Jahrhunderts gemalten Räume des Kaiser-Friedrich-Museums hat Gelegenheit geboten, der Öffentlichkeit mehrere bedeutende Kunstwerke zugänglich zu machen, die das Museum neu erworben hat. Und zwar handelt es sich dabei sowohl um Werke der italienischen wie der deutschen Kunst aus dem 14. Jahrhundert. Aus dem Gebiet der italienischen Kunst konnte zunächst als Beigabe, jedoch mit der Hoffnung auf dauernden Besitz, eine Schöpfung erworben werden, die künftig das Hauptstück und den Mittelpunkt dieser ganzen Abteilung bilden dürfte. Es ist dies ein Werk von Giotto, der Tod der Maria aus der florentiner Uffizien-Galerie, ein Werk, das bereits in allen Tagen hohen Ruhm genossen hat, besonders von Michelangelo hochgeschätzt worden ist und dann noch lange Vorbildlich gewirkt hat. Die vorzüglich erhaltene Farbe zeigt, wie wir einem Bericht der „Rundschau“ entnehmen, eine milde Mannigkeit. Aus einer Dreißiger Schöpfung ist ferner an das Museum eine Madonna gekommen, die einem Nachfolger des sienesischen Malers Simone Martini zugeschrieben wird, die aber auch florentiner Einflüsse verarbeitet hat. Auch die Abteilung der nordischen Trecentisten hat eine Neuwerbung von ungewöhnlichem Werte aufzuweisen: es ist dies ein dreiteiliger Altar aus der Kirche zu Heiligenstadt im Eichsfelde, die in naher Abhängigkeit von der böhmischen Tafelmaleri zu stehen scheint.

Die farbenblinden Bienen.

Im allgemeinen kann der Mensch höchstens seine eigenen geistigen und sinnlichen Fähigkeiten einigermaßen richtig beurteilen, die der Biene, besonders der niedrigen Tiere, meist nur ahnen. Trotzdem oder gerade deshalb hat sich die Forschung besonders gern mit solchen Aufgaben beschäftigt, und darunter wieder vornehmlich mit dem Fortleben der Insekten. Das Insektenleben ist von dem menschlichen so verschieden, daß man sich von seiner Tätigkeit eine unmittelsbare Vorstellung nicht machen kann. Im Hinblick auf die Farben ist die Frage um so schwieriger, als diese ja überhaupt keine wirklichen Gebilde sind, sondern erst im Menschenleben entstehen. Doch liegt es nahe, anzunehmen, daß die verschiedenfarbige Frucht der Blüten, die in ihrer Befruchtung vom Besuch der Insekten abhängig sind, für deren Auge eigentlich bestimmt und daher auch wahrnehmbar sein sollten. Die meisten Forschungen von v. Frisch und Hey beziehen sich der Weisen für Experimente, die zum Teil auf eine Treppe hinaufzuführen. Es stellte sich heraus, daß ein Vermögen zur Farberkennung bei den Bienen unbedingt vorhanden sein muß. Sie lassen sich zu einer Zuckerröhre nur durch Löcher von bestimmter Farbe lassen und konnten leicht betrogen werden, wenn diese Wegweiser an eine falsche Stelle gebracht wurden. Die frühere Annahme einer gänzlichen Farbenblindheit hält v. Frisch für durchaus widerlegt. Er konnte seine Bienen auf Geld tabellos dressieren, ebenso auf Wein oder Schinken, dagegen nicht auf Rot, so daß danach der Farbensinn der Bienen dem eines vorurteillosen Menschen zu vergleichen wäre. Weiter ergeben die gleichfalls sehr sorgfältigen, auf eigentliche Messungen abzielenden Forschungen von Hey einen anderen Schluß. Danach würden die Bienen nur zu einer Wahrnehmung von Hellgrün-unterschieden befähigt, im übrigen aber gänzlich farbenblind sein. Sie scheinen dagegen einen Vorzug vor dem Menschen in der Hinsicht zu besitzen, daß ihr Auge auch für ultraviolette Strahlen empfänglich ist.

Notizen.

— Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht findet der Vortrag des Prof. W. Ode über „Die Bedeutung von Persönlichkeit und Masse in der Geschichte“ nicht am 24., sondern am 31. Oktober statt.

— Die Befreiung Kriegsgefangener Wissenschaftler aus den Gefangenenlagern und ihre Vernehmung in neutralen Universitätsstädte wird in neutralen Mächtern Mätern. Unterhandlungen in diesem Sinne sollen bereits eingeleitet sein.

— Der Erbauer des Simplontunnels Karl Brandau ist im Alter von 87 Jahren in Kassel gestorben. Nach achtzigjährigem Mühen will schwierigen Bodenverhältnissen und unerschöpflichen Quellen erfolgte unter seiner Leitung 1805 der Durchschlag des Simplons, ein Ereignis, das seinerzeit als der größte Sieg der Technik der Welt bezeichnet wurde. Der Simplontunnel war sein Lebenswerk, und als es vollendet, zog er sich ins Privatleben zurück. Während des Krieges stellte er sein Können in den Dienst des Vaterlandes.

— Maxime Collignon, einer der ersten französischen Altertumsforscher, ist in Paris gestorben. Sein Hauptwerk, „Die Geschichte der griechischen Bildhauerkunst“, war auch in Deutschland geschätzt.

lichtet auszuströmen. Wieder war der Mann des Nichtverstehens über ihr. Traurig schüttelte sie den Kopf bei all den feurig kühnen Plänen von Flucht und freiem Leben, die ihr Götterdämon entwarf, um sie der drohenden Verbindung zu entreißen. Fliehen? Gleich einer Zigeunerin! Das liebgewohnte Elternhaus, den Vater verlassen? Nein! Ihr graute förmlich bei solchen sündhaften Reden.

Er war verstummt — und heimlich froh das diese Wort: wir müssen auseinander gehen, wie alles Götter im dunklen Garten. Das empfand sie und angstvoll nahm sie seine Hände. Und aus dieser Angst kam ihr die Erlösung:

„Reinhard, ich hab's! Ich will noch heute, da die Frist abläuft, die ich mir in der ersten Verwirrung vom Vater erbeten hab', ihm sagen, daß ich lieber in den Tod gehen mag, als des Schurkens Weib und Kämmerin werden. Sei um Jehu an der Pforte, kann ich des Vaters Herz erweichen, soll' man, möh' ich, ihm gleich unsere Bitte vortragen.“

Jetzt war das große Opfer gebracht. So konnte sie diese arme, vom Unglauben irregeltete Seele retten. Wenn er zu ihr stand, war er für immer jenem schrecklichen Kreis und allen grauenhaften Ideen entrückt. Blühlich fiel ihr mitten in diesem Glücksgefühl ein: dann würde ja ihre Verbannung auch offenkundig werden. Und die Hedwig, die schon mit ihrem herzoglichen Ansehennehmer so prahlte, würde gesch vor Reid . . .

Freudig hatte er zuerst zugehört, aber je länger sie sprach, desto ruhiger wurde er. Wieder sollte er bitten, wieder abhängig sein vom guten Willen dieses Krämers! . . . Er blickte zu Boden und schüttelte den Kopf. Dann fiel ihm ein, daß ja heute Abend die Versammlung der Anstalten war, in der er endlich seinen längst gehegten Plan ausführen wollte, den Schwärmgeister seiner ehemaligen Studiengenossen, vor allem Freund Veiser, entgegenzutreten. Dem gegebenen Versprechen nach mußte er hingehen, da er ja der Hauptredner des Abends sein sollte. Er klammerte sich daran, um nicht aus eigenem ablassen zu müssen.

„Lied, gerade heute Abend kann ich nicht. Habe mich versprochen dem Jakobus und kann nicht mehr heraus, da es mit mir steht und fällt, ob die Stubiserei siegt oder die Rechtslichkeit.“

Auf einmal stand in seiner Seele groß und heiß der Gedanke auf: Dieser Augenblick muß entscheiden; wenn

sie jetzt zu mir steht, wenn sie nur einmal mich verflucht . . .

Er hatte Reginen schon davon erzählt, welcher Verführung der redliche Veiser erlegen war und sie wußte daher Weisheit. Sie sah ihn erschrocken an; da war wieder jener schreckliche Mensch, der ihn so furchtlos verführte.

„Reinhard, ich seh' Dich so unger in des Vaters Gesellschaft . . . Mir ist's, als drohe Dir ein Unfall von dort, als müßt's sich Dir zum Lebel wenden. Weß nicht hin, bleib im Garten, bis ich Dich rufe. Reinhard, tu's Deiner Regeri zult.“ Und bittend hob sie die Augen zu ihm und nahm ihn angstvoll bei den Händen.

„Man würde mir's als Feigheit auslegen“, wehrte er ab; „der Veiser hat ohnehin Spöttisch geblickt, als ich ihm sagte, daß ich's in einer Rede vorbereiten will. Und was Du überhaupt nur gegen ihn hast. Der ist treu wie Gold und der beste und lauteste Kerl im Land, nur höchstföhl, aber dazu bin ich ja da, ihn abzuföhlen. Du bist nur aufgeregt heute und siehst Wespenker, wo keine sind. Wo soll mir denn etwas zutreffen? Wir sind ganz identig, lauter vertraute Freunde, alle beschworen in gleichem Vertrauen und Redlichkeit. Und ich tu' ja nichts anderes als meine Pflicht, als des Herzogs Beamter, wenn ich den ausführlicheren Chantasmata meiner Freunde entgegensetze. Das kann und will ich wohl verantworten.“

Der Augenblick war herbeigekommen und kam nicht wieder. Ihr Gesicht war keinen Gründen zugänglich — nur ihr Verstand ließ sie schweigen. Nicht aber, bevor sie ihm das Versprechen abgenommen hatte, früh aus der Sitzung zu gehen und sich jedenfalls am Pforten einzufinden, wo sie ihm Weisheit geben werde, wie die Unterredung mit dem Vater ausgefallen sei.

Und damit schied er, hatte doch die Glocke schon die achte Stunde angefangen — und um acht wollte ihn Veiser abholen zu dem Ordenskonvent. Raum aber waren seine Schritte verhalten, da war es dem Mädchen, als sei nur jah all seine Tapferkeit zusammengebrochen. Er hatte nicht gehut, welches Opfer sie ihm gebracht mit ihrem Angebot. Traurig sagte sie es vor sich hin, er hat mich nicht verstanden.

Und es kam ihr unendlich bedeutsam vor, daß sie nun ein Recht habe, ein gebrochenes Herz zu besitzen.

(Fortf. folgt.)

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein bewaffneter, anscheinend mit Erz beladener Dampfer, ferner die englischen Schooner Holystone mit Kohlenladung und Joshua mit Vorkanone nach Dieppe. Ein unserer Unterseeboote hatte im englischen Kanal ein Gefecht mit einer U-Boots-Falle in Gestalt eines verdeckt bewaffneten Dreimastschoners, in dessen Verlauf der Segler zwei Treffer erhielt, einen durch die Takelage, einen zweiten in den Schiffsraum.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein deutsch-holländischer Zwischenfall.

Amst. d. Berlin, 23. Oktober. Wolffs Telegraphisches Bureau hatte am 6. Oktober 1917 über den Zwischenfall in der Schelde mündung vom 20. September berichtet, in dessen Verlauf zwei deutsche Flugzeuge von holländischen Seestreitkräften festgehalten und zur Internierung eingeschleppt, außerdem ein deutscher Flieger schwer verwundet worden war. In den niederländischen Zeitungen ist hierauf eine am 10. Oktober eine Entgegnung erfolgt, in der behauptet wird, der Zwischenfall habe sich in holländischen Territorialgewässern abgepielt, und zwar sei das erste Flugzeug zweitausendneunhundert, das zweite dreitausendfünfhundert Meter innerhalb der Schelde angehalten worden. Den Ort der Anhaltung hätten zwei Marineschiffe mit absoluter Sicherheit festgestellt.

Zu dieser Darstellung ist zu bemerken, daß nach den Aussagen der deutschen Flieger das erste Flugzeug auf hoher See gelandet und dann infolge höherer Gewalt eine kurze Strecke in das als holländische Territorialgewässer beanspruchte Gebiet getrieben ist, und daß das zweite Flugzeug immer über oder auf hoher See blieb, insbesondere auch dann, als es von dem holländischen Marineschiff beschossen wurde. Die deutschen Flieger haben gegen die Internierung sofort protestiert, und haben von dem holländischen Torpedoboot verlangt, daß der Ort der Anhaltung durch gemeinschaftlich vorzunehmende Peilung festgestellt werde. Seiden Flugzeugen gegenüber hat der holländische Torpedobootskommandant dies verteidigt; er hat außerdem das Verlangen der Flieger, ihnen Einblick in seine Karten zu geben, mit der Behauptung abgelehnt, er habe nur Geheimkarten an Bord, eine Behauptung, die, wie sich bald herausstellte, den Tatsachen nicht entspricht. Hiernach muß demnach die absolute Genauigkeit der holländischen Ortsangaben entschieden bestritten und an der Richtigkeit der Angaben der deutschen Flieger festgehalten werden.

Die Ruffenmeuterei in Frankreich.

Der Bericht der russischen Militärmission in Frankreich über die Meutereien unter den dortigen russischen Truppen wird von „Ajtsch“ ausführlich wiedergegeben. Das Lager der Meuterei La Courtin wurde diesem Bericht zufolge von russischer Artillerie beschossen. In der Nacht zum 4. September ergaben sich, nachdem das Lager mit 18 Geschossen belegt war, 160 der Aufrehrer. Am 4. September wurde das Lager erneut beschossen, und um 11 Uhr morgens hielten, nachdem 30 Schuß abgegeben worden waren, die Meuterer zwei weiße Flaggen und riefen an, das Lager unbewaffnet zu verlassen. Gegen Abend waren 800 Leute aus dem Lager gekommen, die von den französischen Truppen in Empfang genommen wurden. Die im Lager verbliebenen 150 Meuterer eröffneten am Abend starkes Maschinengewehrfeuer. Am 5. September wurde, um den Zustand endgültig niederzuwerfen, heftiges Feuer auf das Lager gelegt, und die russischen Truppenteile besetzten schließlich das Lager. Die Aufrehrer antworteten mit Maschinengewehrfeuer. Am 6. September 9 Uhr war das Lager vollkommen besetzt. Die Verwunden der russischen Truppenteile waren ein Toter, 6 Verwundete, unter den Aufrehrern 8 Tote, 44 Verwundete, und unter den Franzosen nur zwei Zufallsopfer, ein Toter und ein Verwundeter, beides Brietragler, die in die Feuerzone gekommen waren. Nach der Entwarnung der Meuterer wurden 61 Verhaftungen vorgenommen. Ein besonderer Untersuchungsausschuss wurde russischerseits eingesetzt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Berner Internationale Studentenkonferenz für die Friedensfragen hat ihre Tagung wegen Wah- und Reichstagsferien auf den 12. bis 18. November verschoben.

Graf Lugbara, Buenos Aires, 21. Oktober. (Meldung des Meuterei-Bureaus.) Die englische Regierung hat dem früheren deutschen Gesandten, Grafen Lugbara, der sich im November an Bord des Dampfers Hollandia nach einem an Deutschland ankommenden Lande einschiffen will, freies Geleit zugesichert.

Von der englischen Zensur. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die „Kustlandspolizei“ die vor längerer Zeit über die radikale Wochenchrift „Nation“ verhängt wurde, wieder aufgehoben worden ist. Die Maßregel erregte seinerzeit großes Aufsehen.

Verhandlungsbotschaft an den russischen Fronten? Russischer Haeberbericht vom 21. Oktober. In allen Fronten Geschützfeuer und Artilleriegeschosse. Versuche des Feindes, sich mit unseren Soldaten zu verbrüderern, wurden von der Westfront aus der Gegend des Karolisch-Sees und von der rumänischen Front aus der Gegend der Bugen-Mündung gemeldet. Der Feind wurde jedesmal durch unser Feuer vertrieben.

Hilfsdienstauschuss.

Der Ausschuss trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um Petitionen zu erledigen. Eine Anzahl haben kein öffentliches Interesse. Von den übrigen erwähnen wir:

Der Nordwestdeutsche Verein für Lederindustrie wendet sich gegen die Schließung von kleineren Gerbereibetrieben, die zu großen Verlusten führen müßte. — Das Kriegsamt versichert, daß die kleinen Betriebe stark bevorzugt werden; die generelle zwangsweise Syndizierung der Gerbereibetriebe ist nicht beabsichtigt.

Der Lagerische Handwerker- und Gewerbebund in München fordert Garantien für die Erhaltung der Selbständigkeit des Handwerks. — Das Kriegsamt stellte fest, daß bei der Beschäftigung über Stilllegung kleiner Handwerksbetriebe, die meist nur wegen Mangel an Arbeitskräften erfolgt, stets auch Handwerker geübt werden. — In der ausgedehnten Aussprache kam zum Ausdruck, daß das Handwerk nach Möglichkeit gesichert werden solle; denn es bestehe die Gefahr, daß ein einmal stillgelegter Handwerksbetrieb nicht wieder ersteht. — Die Petition wird schließlich dem Kriegsamt und dem Reichswirtschaftsamt zur Berücksichtigung überwiesen.

Verständliche Brauereibünde protestieren gegen die beabsichtigte Zusammenlegung der Brauereien. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsamtes setzt auseinander, daß demnach ein besonderer Plan für die Zusammenlegung der Brauereien aufgestellt wird. Mit der Durchführung der Zusammenlegung sollen die Zivildienststellen beauftragt werden, die unter Umständen Zwangsmaßnahmen errichten können. Boreist soll versucht werden, einen freiwilligen Zusammenschluß herbeizuführen. Die Zusammenlegung ist notwendig nicht nur im Interesse der Rohmaterialien, sondern auch um Metalle zu bekommen, die gegenwärtig ziemlich rar sind. Außerdem ist eine Einschränkung der Bierproduktion schon dadurch nötig, daß die Biermenge, die

den Brauereien geliefert wurde, eine ganz erhebliche Herabsetzung erfahren hat. Schließlich wurden die Eingaben der Brauereiverbände dem Reichswirtschaftsamt zur Erledigung überwiesen.

Im Anschluß daran fanden lebhafte Auseinandersetzungen statt über die Bekämpfung der Reihe Glasschmelzen, die durch die Zusammen- resp. Stilllegung überaus benachteiligt sein wollen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Es bleibt bei der Geheimnisfrämerei.

Welche Folgen der am Freitag gefasste Beschluß der Staatshauskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, der die strengste Vertraulichkeit der Verhandlungen festlegte, gehabt hat, zeigt ein Blick in die preussische Presse: nicht ein einziges Blatt hat den sogenannten offiziellen Bericht vollständig abgedruckt, einige wenige Blätter nur haben mehr oder minder kurze Auszüge aus ihm gebracht, meist noch mit entsprechenden Randglossen, die den Bericht vollends entwerteten, der weitest große Teil der Presse aber hat von den Verhandlungen überhaupt gar keine Notiz genommen. Diese Erfahrungen, die übrigens vorausgesetzt worden waren, veranlaßten den sozialdemokratischen Vertreter Genossen Hue am Dienstagmorgen, einen neuen Vorstoß auf Freigabe der Berichterstattung zu machen, wenigstens soweit die Erörterungen der Kohlenfrage in Betracht kommt. Er wies darauf hin, daß sowohl der Reichstag wie auch der sächsische Landtag und ganz neuerdings erst in einer dreitägigen Debatte am 4., 5. und 6. Oktober auch die Zweite bayerische Kammer die Kohlenverlängerung sehr ausführlich und im vollsten Lichte der Öffentlichkeit erörtert hätten. Alle Fragen, die überhaupt mit der Kohlenfrage im Zusammenhang stehen, seien dabei zur Sprache gebracht worden, ohne daß die Reichsinteressen dadurch auch nur den mindesten Schaden erlitten hätten. Sollte wirklich für die eine oder die andere Regierungserklärung Vertraulichkeit erwünscht sein, so könne das ja, wie in früheren Fällen, jeden Augenblick beschlossen werden, und kein Kommissionsmitglied oder ein sonst im Saale anwesender Abgeordneter werde gewisslos genug sein, diese Vertraulichkeit zu durchbrechen. Auf die Verhandlungen der Kommission dieses Hauses sei die gesamte deutsche Öffentlichkeit um so gespannter, als Braunkohle nicht weniger als 90 Proz. der gesamten deutschen Steinkohlenproduktion und 80 Proz. der gesamten deutschen Braunkohlenproduktion hervorbringe. Dem Genossen Hue, der seine Darlegungen nicht ohne Unterbrechung durch den fortwährenden Zutritt von Abgeordneten Lipmann an, während die konservativen Abgeordneten Graf Böben und Dr. Köpcke, der Nationalliberale Herr Hirsch-Essen und der Zentrumsabgeordnete Stull für die Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit eintraten. Ihnen sekundierten der Minister der öffentlichen Arbeiten Herr v. Breitenbach und der Handelsminister Sodom. Noch längerer Erörterung wurde dem auch Sines Antrag gegen 4 Stimmen (1 Sozialdemokrat, 1 Volk und 2 Fortschrittler) abgelehnt. Das Zentrum stimmte diesmal geschlossen gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Es bleibt also bei der Geheimnisfrämerei!

Die Freikonservativen bleiben reaktionär.

Auf dem freikonservativen Parteitag hielt Freiherr v. Jodlitz das Hauptreferat. Er wandte sich gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, lobte die Vaterlandspartei und forderte einen „Hindenburgfrieden“. Was die preussische Wahlreform anbetrifft, so empfahl Herr v. Jodlitz „Sicherungen“ gegen die allzu demokratisierenden Wirkungen des vielleicht zu erwartenden gleichen Wahlrechts. Nach ihm sprachen in ähnlichem Sinne Landtagsabgeordneter Wasmuth und Landtagsabgeordneter Justizrat Lüdicke, Spandau. Der erstere wies den Parlamentarismus scharf zurück, während der letztere die Ausgestaltung des Herrenhauses zu „einem völlig gleichwertigen Faktor“ empfahl.

Kriegskredite und Landesverteidigung.

In unserem Leitartikel vom letzten Sonntag führten wir den Gedanken aus, daß die Verwertung der Kriegskredite für die Sozialdemokratie als eine gegen die Landesverteidigung gerichtete Demonstration nicht in Frage komme, daß sie aber unter Umständen für die Reichstagsmehrheit ein äußerstes Mittel sei, um einer offensichtlichen Mißregierung binnen 24 Stunden ein Ende zu bereiten. Es war vorauszusetzen, daß die Presse der Rechten diese Äußerung zu dem Versuch benützen würde, in die Mehrheit einen Keil zu treiben.

Sie müssen nichtsdestoweniger bei der Ansicht stehen bleiben, daß die Mehrheit, die die Mittel bewilligt, auch ein Recht hat, darauf zu achten, wohin der Kurs des Reichsschiffs geht, und daß sie die Pflicht hat, eine Regierung zu befechtigen, die nach ihrer Ueberzeugung für das Land ein Unheil ist. In diesem Sinne betrachten wir die Verwertung der Kriegskredite an eine bestimmte Regierung mit der gleichzeitigen Erklärung, sie selbstverständlich einer anders gearteten Regierung weiter bewilligen zu wollen, als ein letztes im Interesse der Landesverteidigung zu handhabendes Mittel, zu dessen Anwendung man sich gewiß nicht leichten Herzens entschließen wird, vor dem man aber auch nicht zurückzureden darf, wenn kein anderes übrig bleibt. Ein Parlament, das bereit ist, jeder Regierung Gelder zu bewilligen, wird schließlich auch kein Einspruch haben. Die Probe auf dieses Exempel könnte leicht gemacht werden, und Pessimisten meinen, wir ständen schon dicht vor ihr.

Oberpräsident v. Loebell.

Der frühere Minister des Innern v. Loebell ist zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt worden. Herr v. v. Schulenburg geht nach Magdeburg, um den bisherigen Oberpräsidenten v. Hegel zu ersetzen. (Siehe dazu „Groß-Berlin“.)

Hofpredigt gegen den Mammon.

Die theol. Bruno Doebring, Igl. Hof- und Domprediger in Berlin, hat soeben bei Hüllesien-Verlag eine kleine Schrift „Gott oder Mammon?“ erscheinen lassen, in der man andere Lüne vernimmt, als man sie sonst in Hofpredigten zu hören gewohnt ist. Heißt es doch darin:

Stehen wir nicht vor dem blanken Bankrott der gesamten Lebensverhältnisse in der Welt? Während die Luft zwischen den Hölzern von Blut und Tränen überströmt, zeigen sich Risse im Inneren der einzelnen Nationen, Parteien erheben sich und Stände stehen wider einander auf —, und was man als Heilmittel vorschlägt, hat doch höchstens den Wert vorübergehender Sanierung! Nein, wir müssen gründlicher zu Werke gehen und das Uebel an der Wurzel packen, wenn wir nicht von einer

Katastrophe zur andern treiben sollen. Der Weltfriede kommt nicht eher als sich der Mann gefunden hat, der es wagt, dem internationalen Mammon den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Herr Doebring versichert zum Schluß, dieses Werk könne nicht im Geiste der internationalen Sozialdemokratie vollbracht werden, sondern nur im Geiste Luthers. Es besteht somit der Verdacht, daß seine Hufpredigt auf eine neue Stöckeri hinausläuft. Aber auch Stöcker hat sich zum Schluß als ein Gegner erwiesen, der nicht in der Absicht, doch im Effekt für die Sozialdemokratie gewirkt hat, und in diesem Sinne kann uns auch Herr Doebring willkommen sein.

Der Teekesselfrieden.

Sogar die Alldeutschen scheinen jetzt dahinter zu kommen, daß mit großen Worten dem Frieden nicht beigekommen ist, darum wollen sie vom Frieden — schweigen!

Die „Deutsche Zeitung“ beruft sich auf den englischen Humoristen Jerome, der in einem Buche geschrieben hat:

„Das ist die einzige Art, wie man einen Kessel zum Kochen bringen kann: Wenn er merkt, daß man auf ihn schuldlos wartet, dann kocht er nicht einmal an zu kochen. Man muß fortgehen und zu essen beginnen, als wenn man überhaupt keinen Tee haben wollte. Man darf sich nicht einmal nach ihm umsehen; dann hört man ihn alsbald losbullern, als wäre er verflissen darauf, in Tee verwandelt zu werden. Wenn man's sehr eilig hat, ist es auch eine feine Kriegskunst, man redet recht laut davon, daß man überhaupt keinen Tee haben will. Man geht so nahe an den Kessel heran, daß der Kessel einen hören kann, und brüllt dann: „Ich mag keinen Tee, du auch, Georg?“ worauf Georg zurückbrüllt: „Ach nein, ich mag auch keinen; wir wollen uns lieber Limonade machen; Tee bekommt uns nicht!“ Da kocht der Kessel über und löst das Feuer aus.“

Daraus schlußfolgert das Blatt: „Unser Sehnsuchtsort ist heute der Friede. Darum: je weniger wir vom Frieden reden, je mehr wir unseren festen Willen zum Durchhalten und Siegen laudieren, um so eher trinken wir Friedenstee.“

Wenn auch die Friedensfrage so verwickelt ist, daß sie durch starke Drustöne nicht gelöst werden kann, so ist sie doch sicher nicht unheimlich genug, um einem kleinen, netten Trick zu widerstehen.

Also: der „Deutsche Frieden“ ist tot, es lebe der Teekesselfrieden!

Normaldeutsche gegen Alldeutsche.

Die Fortschrittler und Sozialdemokraten Kölns hatten sich am Sonntag, den 21. Oktober, in dem alterwürdigen städtischen Bürgerhause zu einer Kundgebung für den Verständigungsfrieden und gegen die Vaterlandspartei versammelt. Trotz des lockenden Sonntagsbesuches war der Andrang von Männern und Frauen aus der Arbeiterklasse und aus dem Bürgertum groß. Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Wiemer und der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Keil sprachen mit Entschiedenheit für einen Frieden im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli. Unter anderem wurde die Rede ausgeprochen, daß die Gegner dieses Beschlusses hinweggefegt werden würden, wenn die Mehrheitsparteien geschlossen in einen Wahlkampf zögen. Es wurde einstimmig eine Entschließung im Sinne der Referate angenommen.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Schultheiß-Brauerei Aktien-Gesellschaft wurde der Verschmelzungsvertrag mit der Spandauerberg-Brauerei vom C. Wichmann Aktien-Gesellschaft einstimmig genehmigt, nach welchem das Vermögen der letzteren mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab auf die Schultheiß-Brauerei derart übergeht, daß gegen vier Millionen Aktien der Spandauerberg-Brauerei zwei Millionen neu auszugebende Aktien der Schultheiß-Brauerei mit Dividendenberechtigung vom 1. September 1917 ab gewährt werden und gleichzeitig der Dividendenchein der Spandauerberg-Brauerei für das Geschäftsjahr 1916/17 mit 70 M. zur Einlösung gelangt.

Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Spandauerberg-Brauerei, Herr Geheimrat Kommerzienrat Frenkel, wurde als neues Mitglied in den Aufsichtsrat der Schultheiß-Brauerei Aktien-Gesellschaft gewählt.

Letzte Nachrichten.

Die Schlacht in Flandern.

Berlin, 23. Oktober. (W. T. B.) Trotz Regens und Nebels setzte in Flandern nach unruhiger Nacht am Morgen des 22. schlagartig Trommelfeuer auf der gesamten Hauptkampflinie ein. Teilangriffe erfolgten an verschiedenen Stellen. Sie wurden durchweg bereits durch Artillerie und Gewehrfeuer abgewiesen. Nur bei Seldhoet, südlich des Hauptkämpfers Walbe, überschritten englische Truppen unsere vordere Positionslinie. Im Gegenstoß nahmen ihnen die Britenberger den größten Teil des gewonnenen Geländes wieder ab. Die beträchtlichen Fortschritte, die der französische Frontbruch vom Eifelsturm am 22. nachmittags machte, bestehen in einer kaum merklichen Einbüchtung unserer vorbersten Linie in der Breite von 1 1/2 Kilometer und einer Tiefe von 300 Meter an der tiefsten Stelle. Die Stimmung der Truppe ist infolge des offensichtlichen Mißerfolges des feindlichen Angriffes vorzüglich. 150 Gefangene von schottischen und englischen Bataillonen sind bereits zurückgeführt, sie erzählen von auffallend großen Verlusten.

Revolution und Gegenrevolution.

Petersburg, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat die Schaffung eines besonderen revolutionären Generalstabes zur Verteidigung der Hauptstadt beschlossen.

Eine Rede Hertlings.

München, 23. Oktober. In der Kammer der Abgeordneten ergriff Ministerpräsident Graf Hertling das Wort zu Darlegungen über die politische Lage, bei denen er ausführte: Wirklich näher gekommen sind wir dem Frieden, soweit wir sehen können, um keinen Schritt. Sicher ist, daß nunmehr die Masse gefallen ist, und es steht fest, daß die Schuld an der Fortsetzung des Krieges ganz und ausschließlich auf die Allierten fällt. Sobald Deutschlands Existenz, die Sicherheit seiner Grenzen, seine freie und friedliche Entwicklung gewährleistet sind, sind wir zum Frieden bereit, aber selbstverständlich darf kein Zugbreit deutschen Bodens preisgegeben werden.

Labour Party und International.

Rotterdam, 23. Oktober. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird dem „Dail Telegraph“ berichtet, daß der ausführende Ausschuss der Arbeiterpartei und die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses eine Subkommission aufgestellt haben, die trachten soll, die Internationale wieder ins Leben zu rufen.

Gewerkschaftsbewegung

Kriegstagung der organisierten preussischen Gemeindebeamten.

Vom Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens e. V. geht folgender Bericht zu:

Vom 18. bis 20. Oktober hielt der 36000 Mitglieder zählende Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens e. V. unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der ihm angeschlossenen Verbände seine 10. Hauptversammlung, die erste seit Ausbruch des Krieges, im „Lehrervereinshaus“ zu Berlin ab.

Den breitesten Raum in den dreitägigen Verhandlungen nahm die Aussprache über die zukünftige Besoldungs- und die allgemeine Beamtenpolitik ein. Wie an der Hand eines erdrückenden Beweismaterials festzustellen war, haben die fortschreitenden Teuerungszwänge zu einer ständig steigenden Verdrängung, Unterernährung, und zum Zusammenbruch zahlreicher Gemeindebeamtenfamilien im Gefolge des Krieges geführt. Zwar hat eine Reihe von Gemeinden durch Gewährung von Teuerungszulagen dem wachsenden wirtschaftlichen Kostendruck ihrer schon in Friedenszeit völlig unzulänglich besoldeten Beamten in etwas zu steuern versucht, doch steht diesen Ausnahmen eine große Anzahl von Gemeinden gegenüber, die bisher jegliche Beihilfe in irgendeiner Form unterlassen oder doch nur in einer Höhe gewährt haben, die die bestehenden Preissteigerungen fast aller Gegenstände des täglichen Bedarfs auch nicht im entferntesten auszugleichen vermag. Da der Minister des Innern auf die wiederholten Vorstellungen des Verbandes bisher ein Einschreiten mit Berufung auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden abgelehnt hat, gleiche Anträge an die Kommunal-aufsichtsbehörden erfolglos geblieben sind, und diese unverdienter Zurschätzung gegenüber den Reichs- und Staatsbeamten bei der Gemeindebeamten, deren überwiegende Tätigkeit gerade jetzt den Reichs- und Staatsinteressen dient, einen hohen Grad der Verbitterung erzeugt hat, ist der Minister erneut in einer dringenden Eingabe erlucht worden, eventuell im Wege der Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden aus Staatsmitteln die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zwecks Herbeiführung eines einheitlichen Beamtenrechts und Durchführung der Neuorientierung auf dem Gebiete der Beamtenpolitik ist der Zentralverband dem vom „Verbande Deutscher Beamtenvereine“ und der kirchlich gegründeten Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände geschaffenen Arbeitsausschüsse beigetreten, um den Zusammenschluß zu einem großen Reichsverband durchzuführen. Allgemein kam auf der Tagung der Will zum Ausdruck, aus der bisher geübten Zurückhaltung herauszutreten und die Fragen des Gemeindebeamtenstandes vor die breitesten Öffentlichkeit zu tragen. Ein Antrag an Landtag und Regierung soll bei der bevorstehenden Reform des Herrenhauses eine Vertretung der Gemeindebeamten fordern. Im übrigen wurden als Grundforderungen einer durchgreifenden Besoldungsreform unter Verbeibehaltung der Rententheorie aufgestellt: erhöhter Grundgehalt, frühzeitige Anstellung, Alterszulagen, Wohnungsgeld. Gegen die Verdrängung der Besoldungspolitik mit bevölkerungspolitischen Fragen wurde entschiedene Stellung genommen.

An weiteren Forderungen des Verbandstages sind zu nennen: Stellenbesetzung für die zum Heeresdienst eingezogenen jüngeren Beamten und Angestellten und Beschränkung der weiblichen Hilfskräfte auf das unbedingt notwendige Maß, Errichtung von Beamtenausbildungsstellen auf gesetzlicher Grundlage, Doppelrechnung der zivilen Dienstjahre während des Krieges, Abänderung des Disziplinargesetzes; neben anderen bereits früher erörterten Reformen des Disziplinarrechts wird die Einführung des Berufsbeziehungswesens, sowie des Wiederaufnahmeverfahrens für notwendig erachtet. Ferner: Aufhebung des Wohnzuges (der Residenzpflicht) am Orte der Dienstbehörde, Verleihung des passiven kommunalen Wahlrechts, Vereinfachung der Wahlrechtsbeschränkung, die mit dem Steuerprivileg der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten verbunden ist, Erlass einer Bestimmung über Ausdehnung der Vorschriften über die Berechnung des für die Gehaltsbemessung nach Dienstaltersstufen maßgebenden Dienstalters der mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten auf die Gemeindebeamten und Gleichstellung der staatlichen und kommunalpolitischen Beamten hinsichtlich der Amtsbezeichnung und Rangabzeichen.

Zur Aussprache standen ferner Beamtenbildungsbestrebungen, die Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten und städtischen Polizeibeamten, Errichtung eines Stipendienfonds zur Förderung des Besuches von Verwaltungsschulen.

Aus den Berichten über die zahlreichen eigenen Wohlfahrtsanstalten des Gemeindebeamtenverbandes, wie der Spar- und Darlehnskasse, der Kranken- und Sterbekasse, den Unterstützungskassen für in Not geratene Mitglieder oder deren Hinterbliebene, der Rechtsauskunftsstelle und der Erholungsheime, ergab sich ein erfreulicher finanzieller Stand dieser Einrichtungen.

Das größte und wichtigste Verdienst und den Dank aller Gemeindebeamten aber hat sich die Verbandleitung nach jahrelanger Arbeit durch die Fertigstellung eines Gesetzesentwurfes betreffend Abänderungsvorschläge zum Kommunalbeamtengesetz vom 30. Juli 1899 der der Verammlung vorgelegt und namentlich der Reichsregierung und dem Preussischen Landtage in diesen Tagen überreicht werden wird, erworben.

Weitere bürgerliche Preßstimmen zum Parteitag.

Dem braven Pastorenblatt, dem „Reichsboten“, gefällt es nicht, daß Scheidemann kategorisch die schnellste Durchführung der Wahlreform in Preußen fordert:

„Preußen ist das Land des kategorischen Imperativs, unter allen Staaten in der Welt derjenige, in dem der Pflichtbegriff am schärfsten ausgeprägt ist, während gerade die demokratischen Staaten in dieser Hinsicht am allermeisten zu wünschen übrig lassen. Frankreich mit seiner Korruption in Presse und Politik, das Land Wilsons mit seinem andächtigsten Mammonismus, Italien mit seiner Politik des Verrats, Tannach wird auch die preussische Volksvertretung die Wahlrechtsfrage unter dem Gesichtspunkte der Pflicht gegen das Vaterland und das gesamte Volk entscheiden, nicht unter dem demagogischen, der nur Rücksicht auf eine Klasse kennt, nämlich die an Köpfen, d. h. Wahlstimmen, zahlreichste.“

Kun, der viel mißbrauchte kategorische Imperativ fordert nicht nur, daß die sozialdemokratischen Feldgrauen im Schützengraben mitkämpfen, sondern auch bei der Politik des Reiches und ihrer Staaten mitraten. Auf ganz anderen Ton ist das „Berliner Tageblatt“ gestimmt. Ueber das Verhältnis der alten Sozialdemokratie zu den sogenannten Unabhängigen schreibt es:

„Nur das eine darf man auch vom Standpunkte des bürgerlichen Liberalismus sagen, daß es keine größere Torheit geben kann, als von einer Spaltung der Sozialdemokratie einen politischen Fortschritt zu erwarten. Bürger und Arbeiter sind auf absehbare Zeit zur Durchführung gemeinsamer politischer Ziele aufeinander angewiesen, und es verlohnt sich deshalb von selbst, daß beide Teile um so leistungsfähiger bleiben werden, je geschlossener sie in sich aufmarschieren. Es ist schließlich keine Kunst, wenn die unabhängigen Sozialdemokraten gegen den Verhandlungsfrieden, gegen die Aufhebung der politischen Zensur und gegen die Vereinfachung der Bestimmung des Art. 109 der Reichsverfassung stimmen, der die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Reichstag und Bundesrat verbietet. Sie fanden sich dabei mit der äußersten Rechten zusammen, sie trieben den Hasen in die Räder der Reaktion. Vielleicht sagen sie sich nach den Verhandlungen des Würzburger Parteitages, daß es eine Verstandigung gibt,

Wie gering die Anhängerschaft des Abgeordneten Koch auf dem Parteitag war, ging daraus hervor, daß sein Antrag mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt wurde, während der Antrag Löbe, der sich zum Grundgesetz der Landesverteidigung und unverzüglichen Einführung demokratischer Reformen bekannte, eine Mehrheit von 283 gegen 14 Stimmen fand. Sonach hat die Würzburger Tagung im großen und ganzen das bisherige Verhalten der Parteimehrheit gebilligt, aber mit einer scharfen Tendenz gegen die heutige Reichsregierung. Es ist gewiß nicht leicht zu nehmen, wenn in dem entscheidenden Satz der Parteiresolution die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, abgelehnt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird von dem Parteitag in Würzburg mit verstärktem Einfluß zurückzuführen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sieht vor allem die Bedeutung des Würzburger Parteitages in seiner Rückwirkung auf die deutsche Politik und stellt in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen die Rede Scheidemanns:

„Das Bemerkenswerteste aber war die Programmrede Scheidemanns. Man konnte sich denken, daß in früheren Jahren ein anderer auf einem sozialdemokratischen Parteitag eine Rede gehalten hätte, die in dem, was die Sozialdemokratie zu erreichen gedenke, ähnlich gelautet hätte. Man würde sie nicht ernst genommen haben. Scheidemann aber ist kein Schwärmer, und wenn er es offen auspricht, daß die Zeit heranreift, wo die deutsche Sozialdemokratie in aller Form einen Teil der Verantwortung für das Land werde auf sich nehmen müssen, so kann das nicht auf einem Schwärmergefühl beruhen. Er gibt sich nicht der Illusion hin, daß die Sozialdemokratie nach den nächsten Wahlen stark genug sein werde, die Wege des Reiches allein zu bestimmen. Er bezweifelt nicht, daß sie es nur in der gemeinsamen Arbeit mit anderen Parteien werden tun können, aber daß er überhaupt so spricht, läßt erkennen, daß er und sein Kreis ihrer Sache sehr sicher seien. Man wird ja sehen, ob ihnen die tatsächliche Entwicklung recht gehen wird, aber jedenfalls werden die Gegner auf der Rechten bemerken müssen, daß die Sozialdemokratie den Jubel, den sie über den ziffernmäßigen, aus dem Kriege erklärlichen Rückgang der sozialdemokratischen Mitgliedschaft angestimmt haben, nur belächelt.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt Graf Reventlow mit souveräner Bestimmtheit das Wort Scheidemanns vom Kampf um die „Sympathie der Völker“, für eine sinnlose Phrasen.

Hans Leuß beklagt in der „Welt am Montag“ das Schicksal des Antrages Braun, schließt aber:

„Welche von diesen beiden Ansichten sich auch verwirklichen mag, — jede überbrückt den Zwiespalt in der Arbeiterklasse. Ihre Einheit und Einigkeit wird diese leider nur als ein Geschenk empfangen, das ihr wider Willen und Versehen ihre Feinde ins Haus tragen, denen sie ja überhaupt seit 60 Jahren mehr noch verdankt, als eigener Kraft und Einsicht ihrer Führer; nämlich: ihr sprachwörtliches Schweineglück!“

Die „Vossische Zeitung“ läßt sich also vernehmen: „Die Störzentrade waren ferngeblieben. Was sich in Würzburg verammlte, hatte in seiner Gesamtheit den Wunsch, moderne Waffen für den kommenden Kampf zu schmieden, die schwerfälligen Rüstungsstücke der vergangenen Tage möglichst rasch in die historische Kampfkammer zu bringen. Daß es gelang, und daß es so leicht gelang, ist ein Beweis von Kraft, der dem Würzburger zu denken geben sollte. Es tut am besten daran, wenn es die Sozialdemokratie ihrer Entwicklung überläßt; und daran geht, auch sich im eigenen Lager neu zu orientieren.“

Im Anschluß daran sei die „Leipziger Volkszeitung“ angeführt, die den Parteitag angreift, weil diese Angriffe auch auf der Entschuldigend ihrer Politik notwendig sind, aber im ganzen großen sachlich bleibt und wenigstens in diesem Artikel keine Gefährlichkeit beweist. Sie wirft dem Parteitag vor, zu schwach im Glauben an den vollen Endsieg der Sozialdemokratie zu sein:

„Diese Partei, wie sie sich jetzt in Würzburg konstituiert hat, ist vielleicht noch einmal imstande, einer Regierung Opposition zu machen, . . . sie kann aber nicht mehr vom festen Boden sozialistischer Grundzüge aus das herrschende System bekämpfen. Sie ist die Gefangene ihrer eigenen Taten, sie ist die Gefangene des bürgerlichen Staates.“

Bei alledem kann dem Würzburger Parteitag alle Ehre gezollt werden, die ihm gebührt. Es sind sicherlich auf ihm manche Kluge und sachkundige Reden gehalten und auch zwei entscheidende Beschlüsse gefaßt worden, so in den Fragen der Uebergangswirtschaft und Neuordnung. Es wäre ja auch noch tröstlicher, wenn eine Partei, die ihr ganzes Wesen auf die Reform einstellt, die den Verzicht auf die sozialistische Umwälzung, auf die Durchsetzung des ganzen Sozialismus in dem Referat Scheidemanns ausdrücklich ausspricht, nicht wenigstens in den Reformfragen etwas leistete. Wie es freilich um die mit manchem Donnerwort bekräftigte Entschlossenheit steht, die Demokratisierung durchzuführen, das muß erst abgewartet werden. Reden beweisen hier nichts, nur die Taten können es.

Wir schlagen die Beratungen über die Fragen der Reformen gewiß nicht gering an, aber die eigentliche Bedeutung des Parteitages liegt für die deutsche Arbeiterschaft natürlich in den Entscheidungen über die politische Haltung der Partei. Und die sind so ausgefallen, daß die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft den Wert jener schönen Gesetze der Einigungsbereitschaft richtig einschätzen wissen wird, die der Parteitag an den Anfang seiner Verhandlungen setzte und die nach einem offenen Worte Landsbergs gerade den Wachen zeigen soll, wer die Einheit will und wer nicht. Das gleiche gilt für die Friedensarbeit der Scheidemanns, die den Frieden durch die Verdichtung der Atmosphäre der Zweideutigkeit und Unklarheit mehr schädigt als nützt, das gleiche für die oppositionelle Gesinnung, die immer wieder ostentativ geballte Faust. Wer nicht bereit ist, mit in den Sumpf des Halbsozialismus, des gemischten Systems, des Dauerkompromisses mit den bürgerlichen Parteien zu gehen, der wird zu der Unabhängigen Sozialdemokratie kommen.“

Parteinachrichten.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Am Freitag ist der erste Kriegsparteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie — es hatten seit 1914 nur drei Reichskonferenzen stattgefunden — eröffnet worden. Der Parteitag wurde von Viktor Adler mit einer gefühlswarmen Erinnerung an die Toten dieses Krieges und mit einem Gruß an die russischen Revolutionäre eröffnet. Zur österreichischen Politik sagte der Führer der Bruderpartei:

„Jedenfalls weiß ich, daß wir unser Vertrauen zu einer Regierung nicht bauen konnten bloß auf ihre Gutwilligkeit. So stehen wir vorzüglich den Parteien, noch vorzüglicher der wohlmeinenden Regierung gegenüber. Allen Verlockungen gegenüber, die an uns gerichtet waren, widerstanden wir in dem Bewußtsein, daß wir uns nur auf eines verlassen können: auf uns selber, auf die politische Einsicht, den Gemeininn und den Willen der Arbeiterklasse, der nicht nur ein guter Wille ist.“

Am Sonnabend haben die eigentlichen Beratungen begonnen. Dem Parteitag ging eine Frauenreichskonferenz voraus, auf der eine Erhöhung der Monatsbeiträge und eine Demonstration für den Frieden in allen Landeshauptstädten beschlossen wurde. Es wurden größere politische Rechte und stärkerer politischer Schutz für die Frauen verlangt. Den inhaftierten Ge-

noffinnen Jettin und Zieg sowie Dr. Friedrich Adler wurde die Teilnahme ausgesprochen. Am Donnerstag fand eine Feier zu Ehren Adolfs Popps statt, die auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit als Redakteur der „Arbeiterinnen-Zeitung“ zurückblickt.

Wien, 22. Oktober. Der Parteitag der deutsch-sozialdemokratischen Partei Österreichs wurde gestern, nachdem Adler auf die gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe eingegangen war und insbesondere erklärt hatte, daß die sozialdemokratischen Führer die Aufforderung, in die österreichische Regierung einzutreten, ablehnten, mit einer einstimmig angenommenen Entschlossenheit geschlossen, in der festgestellt wird, daß die Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig sei, ihre Geschlossenheit und Einigkeit zu erhalten und den Kampf für den Frieden mit aller Lastkraft fortzusetzen.

Unsaubere Argumente.

In einer Leipziger Volksversammlung legten die Unabhängigen Protest gegen die Richtung ihrer Partei ein. Das ist ihr gutes Recht. Etwas absonderlich und fast komisch aber ist es, daß Fritz Geher die Gelegenheit für angemessen hielt, den bürgerlichen Parteien und der alten Sozialdemokratie, die doch den Schild vor die Verfeindeten gehalten haben, die Leuten zu lesen. Natürlich war dieses Inifflige Kunststück nicht leicht und so versieg sich der alte Geher zu einer sblen Behauptung:

Aber auf noch etwas anderes, geradezu Empörendes wies Genosse Geher hin: Alle Bloßparteien bezw. ihre Führer hätten gewünscht, daß der Kanzler gegen unsere Fraktion vorgehen würde; zu diesen Wissenden gehörten auch die Regierungsozialisten! Und das habe man unseren Genossen gegenüber verheimlicht! Wenn die Regierungsozialisten trotzdem mit uns für das von uns beantragte Nichttrauensvotum gestimmt haben, entgegen den bürgerlichen Parteien, die es ablehnten, so könne man es ermesen, was es besagt, daß die Regierungsozialisten mit diesen Parteien die Demokratisierung im Reich durchzuführen gedenken! Abgesehen davon sei in der Handlungsweise der Regierungsozialisten eine Verschleierungstaktik zweideutigster Art zu erblicken!

Das ist eine traffe Unwahrscheinlichkeit, die der Redner bewußt ausgesprochen haben muß. Die Bloßparteien kannten wohl das Material des Reichskanzlers, ahnten aber absolut nicht, daß er es aussprechen werde, und zwar schon deshalb, weil sie ihm davon dringlich obgeraten hatten und die Sache damit erledigt ist. Es wäre wirklich der Aufklärung wert, ob der alte Geher oder nur ein unwissender Berichterstatter der „V.“ diesen klaren und allgemein bekannten Sachverhalt gefälscht hat.

Soziales.

Die Massenheime nach Friedensschluß.

Was muß geschehen, damit nach Friedensschluß der Arbeitsmarkt auf den dann zu erwartenden Ansturm von Arbeitssuchenden vorbereitet ist? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung in Berlin veranstaltete Konferenz, an der Vertreter der Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und der sozialen Hilfsarbeit teilnahmen. Die Verhandlungen waren eine Kundgebung für schleunige Vorbereitung der Maßnahmen zur Verhütung von Notständen, aber auch von unproduktiver Notstandsarbeit.

Der Referent Prof. Dr. H. Wilbrandt-Lübings betonte die Schwierigkeit des Problems. Zu lösen sei das noch nie dagewesene Problem der Unterbringung vieler Millionen Krieger, die in die Heimat zurückkehren verändert an Leib und Seele und an Leistungsfähigkeit, doch gleich geblieben an Bedürfnissen, verlangend nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, suchend nach Arbeit. Wenn auch darüber gestritten werde, ob Arbeitslosigkeit droht, so genüge doch die Unsicherheit, zur Vorsicht zu mahnen.

Während Wilbrandt besonders an die Notstandsaktion der Ausföhrung von Kanalarbeiten denkt, legte der Korreferent Ministerialdirektor a. D. Dr. Zbiel das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft. Sie biete die Möglichkeit, ein Heer von Arbeitskräften sofort aufzunehmen und zu produktiver Tätigkeit zu verwenden.

Geheimer Regierungsrat Dr. Feig vom Kaiserlich Statistischen Amt sprach über den „Arbeitsmarkt nach dem Kriege“. Es genüge nicht, für Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zu sorgen. Erforderlich sei Arbeitsbeschaffung in großem Maße; sie werde sich ermöglichen lassen durch Ausföhrung zukunftsreicher Arbeiten zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften behandelte Genosse Umbreit die Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. Der Mangel an Planmäßigkeit habe nach Kriegsausbruch bei der Umstellung der Industrie und bitters Erfahrungen gefolgt. Rechtzeitig sei die Erkenntnis gekommen, daß auch die Ueberleitung zur Friedenswirtschaft einer planmäßigen Vorbereitung bedarf. Die deutschen Gewerkschaften waren es, die nachdrücklich hierauf hinviesen. Sie fordern, daß kein Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß noch länger als nötig beim Heere zurückgehalten wird. Die Arbeitsbeschaffung für die Masse der Entlassenen werde sich natürlich nicht auf allen Gebieten gleichzeitig durchführen lassen. Unterschieden müsse man zwischen einseitigen noch entbehrlichen Arbeiten und notwendigen, die zuerst zu berücksichtigen seien. Zu diesen gehören zum Beispiel die Landwirtschaft und das für die Wohnungsbereitstellung wichtige Bauwesen. Auf die Arbeitsbeschaffung sei selbstverständlich das Hauptgewicht zu legen, aber die Gewerkschaften können, erklärte Umbreit, auch auf die Arbeitslosenunterstützung nicht verzichten. Diese Aufgabe solle nicht wieder den Gewerkschaften überlassen bleiben, wie es bei Kriegsausbruch gewesen sei. Abgesehen von der den Gemeinden aufzulegenden Pflicht, hier einzugreifen, müsse endlich im Reich eine Arbeitslosenunterstützung kommen.

Der Schöneberger Stadtrat Dr. Licht erörterte das „Großstadtproblem“ der Wohnungsnot, das sich nach dem Friedensschluß und der Kriegereinstellung aus aufdrängen werde. Den Groß-Berliner Gemeinden hielt er vor, daß sie bisher auf diesem Gebiete nichts getan haben. Das erkläre sich freilich aus der kommunalen Zerissenheit Groß-Berlins, aus dem Widerstand der preussischen Regierung gegen ein wirklich lebensfähiges Groß-Berliner Gemeinwesen.

Dr. Käte Gabel forderte in ihren Ausführungen über „Frauenarbeit und Heimarbeit“ den Ausbau der Frauenabteilungen bei den Arbeitsnachweisen. Die Notstandshilfe für die vielen nach Friedensschluß arbeitslos werdenden Frauen müsse im engsten Anschluß an die Arbeitsnachweise erfolgen.

Direktor Dr. Kuczynski vom Schöneberger Statistischen Amt behandelte den Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Finanznot. Die drohende Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen und die Wohnungsbereitstellung zu fördern, sei ohne Eingreifen des Staates nicht möglich. Aus einer weitgehenden Erbschaftsbesteuerung werde man die erforderlichen Mittel nehmen können.

Daß die Ansichten für den Wohnungsbau nach dem Kriege auch aus anderen Gründen nicht günstig sind, legte Baurat Ernst Verward dar. Zu allererst muß die durch den Krieg vollständig lahm gelegte Produktion der für die Bautätigkeit nötigen Rohstoffe wieder aufgebaut werden, der Betrieb von Steinbrüchen, Ziegeleien usw.

Zum Schluß sprach Adolf Damaskie, der Vertreter des Hauptauschusses für Kriegereinstellungen über „Kapital- und Bodenbeschaffung“.

Es wurde dann ein Arbeitsausschuß eingesetzt. In ihm wird auch die Generalkommission der Gewerkschaften vertreten sein.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Kurland; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.